

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

S. 15



Schily: Mit der Kurdenverfolgung auf-



S. 7

hören! Fischer: Militärhilfe

VERANTWORTLICH:
DIE REGIERUNG!

an die Türkei einstellen!

23
98



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
US-Wahlen: Moral verliert die Wahl	3
Strafanzeige gegen Pinochet	4
CSU erwägt Verfassungsklage zum § 218	5
Sozialhilfeinitiativen zu den rot-grünen Plänen	6
Kurdische Gewerkschafter in der BRD	6
10 000 Unterschriften gegen das PKK-Verbot	7

Auslandsberichterstattung

Brasilianische Landlose zu Besuch in Europa	8
Sao-Paulo-Forum: Die Linke des Subkontinents diskutiert	9
Polen: Zum Ergebnis der Kommunalwahlen	9
Niederlande: Das Sozialsystem wird privatisiert	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Bruchsal: NPD-Fackelzug fällt ins Wasser	13
Augsburg: Große Demonstration gegen NPD-Zentrum	13
Essen: Mieterinitiative fordert Beirat bei Allbau	14
Augsburg: Aktion Stromwechsel	14
Hamburg: Keine Auslieferung des Zerstörers an die Türkei!	15
Eisenhüttenstadt: SPD-Bürgermeister verleumdet PDS	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Arbeitszeiten im Krankenhaus: Zeitsouveränität statt Flexi	19
Forderungsaufstellung	
IG Metall	19
Tarif- und Effektivgehälter in der bayerischen Metallindustrie	20

Diskussion und Dokumentation

SPD-PDS-Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern	22
Kommentar: Tagung der PDS in Berlin	22
GBM ehrte Fidel Castro	24

Letzte Seiten

Baskische Linke: Interview mit Jon Idigoras Gerrikabeita	26
--	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN BUNDESWEHREIN-

SATZ: Am 5.11. hat das Bundeskabinett beschlossen, daß Bundeswehr-einheiten an einer von der NATO noch zu beschließenden sogenannten „Notfalltruppe“ in Mazedonien be-teiligt sein sollen. Die angebliche „Notfalltruppe“, über deren Struktur und Umfang die NATO noch beschließen muß, soll in Mazedonien stationiert werden und angeblich die OSZE-Mission im Kosovo „ergänzen“. Einen deutschen Na-men für die Stationierung, mit der die NATO jetzt auch Mazedonien in den Bal-kan-Konflikt einbezieht, gibt es auch schon: „Operation Adlerauge“. Die ge-samte NATO-Einheit, die durch keinerlei UN-Mandat legitimiert ist, soll nach Presseberichten 1000 bis 1500 Mann stark sein und aus französischen, briti-schen und bundesdeutschen Einheiten bestehen. Die Bundeswehr will dabei erstmals auch ihre neu entwickelten un-bemannten Spionage„drohnen“ mi-litärisch testen, die in einer Höhe von 200 bis 1200 Metern den Kosovo überfliegen sollen. Verteidigungsminister Scharping verkündete schon, „die Truppe müsse die Fähigkeit und den Willen haben, im Not-fall auch einzutreten. Eine rein symbo-lische Präsenz reiche da nicht aus.“ (Han-delsblatt, 4.11.) Die Einheiten sollen zunächst für ein halbes Jahr stationiert werden, Scharping geht aber von einer längeren Stationierung schon jetzt aus. Was die „Notfalltruppe“ wohl machen wird, wenn die albanische UCK, durch die NATO-Truppen geradezu ermuntert, erneute Gefechte anzettelt?

PINOCHET: Justizministerin Däubler-Gmelin hat angekündigt, ihr Ministerium werde ein deutsches Ersuchen auf Auslieferung des chilenischen Ex-Dik-tators Pinochet unterstützen. Mindestens von einem deutschen Anwaltsbüro ist be-kannt, daß ein solcher Antrag bereits un-terwegs ist. „Ich kann mir gar nichts an-deres vorstellen“, erklärte die Justizmi-nisterin am 4.11. im Hessischen Rund-funk.

BUNDES BANK-STREIT: Die öffentliche Forderung von Finanzminister Lafontaine, die Bundesbank oder die Europäische Zentralbank solle eine Zinssenkung prü-fen, hat in der Wirtschaftspresse, bei re-aktionären Ökonomen und bei CDU/CSU und FDP hohe Wellen ge-schlagen. CSU-Vize Ingo Friedrich for-derte in einem am 2.11. veröf-fentlichten Brief an die EU-Kommission, diese solle Lafontaine und Schröder wegen „ver-tragswidrigen Verhaltens“ maßregeln. Ihre Äußerungen seien „ein eklatanter und offensichtlicher Bruch der Maas-trichter Verträge“. Am nächsten Tag ver-öffentlichte das *Handelsblatt* einen Kom-men-tar des Berliner Professors für Staats- und Verwaltungsrecht Helge So-dan, in dem sich dieser zu der Behaup-tung verstieß, die Bundesregierung habe sich „künftig jeglicher Einflußnahme auf

die Wahrnehmung der übertragenen Be-fugnisse, Aufgaben und Pflichten der EZB und der nationalen Zentralbanken zu enthalten“. So dann weiter: „Dabei kommt es nicht darauf ab, ob Versuche zur Einflußnahme mittels öffentlicher „Meinungsäußerungen“ des Bundesfinanzministers oder – wie vom Bundes-kanzler angeregt – durch interne, „Ge-spräche“ mit einer Zentralbank erfolgen.“ (Handelsblatt, 3.11.) Der Mann meint offenbar, Zentralbanken seien eine moderne Reinkarnation des Gottesgnadentums der Feudalzeit. Selten haben Vertreter der reaktionären Angebots-theorie ihre Demokratiefeindlichkeit so unter Beweis gestellt. Mitglieder des Zentralbankrats waren vorsichtiger. Selbstverständlich sei eine öffentliche Diskussion über die Geldpolitik zulässig. Lafontaine dürfte es bei seinem Wunsch nach Zinssenkung vor allem um den ei-genen Haushalt gehen – sinkt der Leitzins, so sinken auch die Zinskosten im Haushalt. Auch verschiedene Konzer-nen wäre eine Zinssenkung ganz recht – nach der kürzlichen Senkung der US-Zinsen ist der Dollarkurs gesunken. Eine Zinssenkung im EZB-Raum könnte den Dollar wieder hochtreiben und so ihre Exportrendite erhöhen. Die Kritiker Lafontaines vertreten vermögende Gläubi-ger: Hohe Zinsen bedeutet für sie hohe Renditen auf Staatsschuldpapiere und vergleichbare Anlagen. In der EU mehr-en sich derweil die Hinweise auf eine Zinssenkung: Nach der italienischen Zentralbank senkten am 5.11. die däni-sche und britische Zentralbank den Zins.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Um die in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Gesetzesänderungen zum 1.1.1999 zu schaffen, haben die Regierungsparteien ein umfangreiches Sitzungsprogramm des Bundestags bis Jahresende verein-bart, das im Ältestenrat gebilligt wurde. Nach der Regierungserklärung Schröders berät der Bundestag bereits in dieser Woche in erster Lesung über das Steuerentlastungsgesetz der Regierung mit den angekündigten Steuersenkungen zum Jahreswechsel, ein Gesetz „zur Si-cherung der Arbeitnehmerrechte“, das den Abbau des Kündigungsschutzes, die Senkung der Lohnfortzahlung und den Abbau des Schlechtwettergeldes wieder rückgängig machen soll. Diese Gesetze sollen am 9. und 10.12. in 2. und 3. Lesung im Bundestag verabschiedet werden und am 18.12. durch den Bundesrat, damit sie am 1.1.99 in Kraft treten. Die PDS hat Anträge zur Änderung des Arbeitszeit-gesetzes (Wochenendarbeit bei Banken) zur „Wiederherhebung der Vermögens-steuer“ und zur Rücknahme von Kür-zungen in der Arbeitslosenversicherung eingebracht. Am 13.11. berät der Bun-destag über die Bundeswehrbeteiligung an der NATO-Luftüberwachung im Ko-sovo. Von den alten Regierungsparteien liegen noch keinerlei Anträge zur Be-handlung im Bundestag vor.

Schlappe für die „Republikaner“ bei den US-Wahlen

Moral verliert die Wahl / Gingrich tritt ab

Von allen Wahlen der letzten 16 Jahre waren die diesjährigen Kongresswahlen ein Rekord an Inhaltslosigkeit: Die Kandidaten der Republikanischen Partei hatten alles auf Clintons Sexskandal gesetzt und die Kandidaten der Demokratischen Partei hatten aufs Leitseiten und Distanz zu Präsident Clinton gesetzt. Kein Wunder, daß ein Kolumnist in der *Chicago Tribune* vor den Wahlen schrieb, daß die Stimmzettel um ein Feld erweitert werden sollten: „Keinen der Kandidaten“.

Die Rechnung der Republikanischen Partei, mit „Charakter“, „Ethik“ und „Familienwerten“ Stimmen zu fangen, ging nicht auf. Sie waren sich sicher, nach dem neunmonatigen Trommelfeuer gegen den unmoralischen Präsidenten zehn Sitze im Repräsentantenhaus und fünf Sitze im Senat dazu zu gewinnen. Nur einmal zuvor in diesem Jahrhundert hat die Partei, die nicht den Präsidenten stellt, in den Zwischenwahlen nicht dazu gewonnen. Vor diesem Hintergrund ist der Verlust von fünf Sitzen im Repräsentantenhaus und die unveränderte Sitzverteilung im Senat eine Katastrophe für die Republikanische Partei – auch wenn sie immer noch eine (knappe) Mehrheit in beiden Häusern hat.

Einige Lehren aus der Wahl

Die Wahlergebnisse können nicht einfach nach Parteizugehörigkeit sortiert werden. Ein Kommentator in der „Chicago Tribune“ fand einen anderen roten Faden, und wir zitieren einige seiner interessanten Feststellungen (nicht, daß wir ihm in allem zustimmen):

„In Amerika haben wir die Demokratische Partei, die ihre Finger in deinen Geldbeutel steckt, und die Republikanische Partei, die ihre Nase in deine persönlichen Angelegenheiten steckt. Beide hatten ihre Siege und Niederlagen am Wahltag, aber die wirkliche Präferenz unter den Wählern gilt einer dritten Partei: einer, die gewillt ist, zu leben und leben zu lassen.“

Das ist ein wachsender Anteil der Wählerschaft. In den letzten 25 Jahren ... ist der Prozentsatz der Leute, die mit der Aussage übereinstimmen, „die beste Regierung ist die Regierung, die am wenigsten regiert“, von 32% auf 56% gestiegen ...

Der klarste Beweis für den „Laßt-uns-in-Ruhe“-Trend kam von Staaten mit Abstimmungen über Marihuana-Bestimmungen. In fünf Referenden stimmen Bürger für die Zulassung der medizinischen Nutzung von Cannabis trotz bitterer Opposition von knallharten Prohibitionisten angefangen vom Drogen-Zar ...

Der gleiche Gesichtspunkt zeigte sich in dem erstaunlichen Triumph des früheren Berufsringers Jesse „The Body“ Ventura in der Gouverneurswahl in Minne-

sota (In seinen Ringerzeiten pflegte er Pressekonferenzen in farbenprächtigen Gewändern mit Feder-Boa und fantastischen Sonnenbrillenmoden zu geben). Einer seiner Gegner war Hubert H. Humphrey III, der zusätzlich zu seinem berühmten Namen seine Position als Generalstaatsanwalt dazu benutzt hatte, die Tabakindustrie anzuklagen.

Ventura sprach von Legalisierung von Prostitution und Drogen und Respektierung der Rechte der Homosexuellen;



Unter dem Druck der republikanischen Rechten hatten auch die Demokraten und Clinton 1995 wichtige Sozialprogramme auf Bundesebene abgeschafft.

Humphrey prahlte damit, eine Industriebranche für den Verkauf legaler Produkte an Leute, die diese aus freiem Willen konsumieren, zu bestrafen. Selbst im „ländlich-sittlichen“ Minnesota setzte sich die persönliche Entscheidungsfreiheit durch. Ventura bekam 37% der Stimmen, während Humphrey mit 28% auf dem dritten Platz landete.

Unten im Bibel-Gürtel gab es eine andere Überraschung. Alabama ist einer der konservativsten und republikanischsten Staaten im Lande, aber das hat seine Grenzen. Die Wähler dort haben den Republikanischen Gouverneur Fob James rausgeschmissen, weil er einen Richter verteidigt hatte, der die 10 Gebote in seinem Gerichtssaal ausgehängt hatte und für die Wiedereinführung von Pflicht-Gebeten in öffentlichen Schulen eingetreten war. James hatte die Unterstützung von religiösen Führern wie Pat Robertson, Jerry Falwell und James Dobson, was ihm bei St. Petrus von Nutzen sein mag, aber auf die Alabamer keinen Eindruck machte. Mit munteren 16% Ab-

stand zum stellvertretenden Gouverneur Don Siegelmann ließen sie James sitzen.

Ein weiterer Favorit der „christlichen Koalition“ war der Gouverneur von Süd-Carolina, David Beasley, ein Republikaner, der seine moralische Opposition zum Glücksspiel proklamierte, sich weigerte, ein Referendum über die Einrichtung einer Staatslotterie zuzulassen und versuchte, Video-Poker zu verbieten. Trotz eines Wirtschaftsbooms in Süd-Carolina während seiner Amtszeit und obwohl er ein Republikaner in einem republikanischen Senat war, wurde er von einem unbekannten Demokraten überholt, dessen wirksamstes Wahlkampfthema war, daß es den Süd-Carolinern überlassen sein sollte, für sich zu entscheiden, ob sie diese Art von Glücksspielen zulassen wollten. (Sein Vorschlag war, den Gewinn der Lotterie für Ausbildung zu verwenden).

Der kalifornische Republikaner Matt Fong, der öffentlich ein Gesetz gegen die Diskriminierung von Homosexuellen unterstützte, schien gute Chancen zu haben, Barbara Boxer in der Senatorenwahl zu schlagen. Aber dann platzte die Bombe, daß er 50.000 Dollar an die „Koalition für traditionelle Werte“ gespendet hatte, die bekannt ist für ihre Gegnerschaft gegen die Rechte der Homosexuellen und die Druck macht für die Einführung der biblischen Schöpfungsgeschichte als Unterrichtsfach an öffentlichen Schulen. Diese Verbindung war kein Gewinn für Fong, der am Wahltag herausfand, daß er so beliebt war wie ein Geschwür.

Die auffälligsten republikanischen Sieger waren solche, die einen Ruf hatten, unabhängig von den Puritanern in der Partei zu sein ... Diejenigen, die verloren, waren diejenigen, die als am engsten mit Newt Gingrich verbunden angesehen waren ...“

In der Republikanischen Partei rollen Köpfe

Drei Tage nach dem für die Republikanische Partei katastrophalen Wahlergebnis gab Gingrichs „bester Freund“ und „rechter Streiter“, der Abgeordnete Livingston, von Gingrich als Vorsitzender des mächtigen Bewilligungs-Ausschusses eingesetzt, seine Kandidatur gegen Gingrich für das Amt des Sprechers des Repräsentantenhauses bekannt. Drei Stunden später erklärte der Schmied des „Kontrakts mit Amerika“, Newt Gingrich, seinen Rücktritt von dieser einflußreichen Position. Einen Tag später gab er sein gerade erneuertes Abgeordnetenmandat zurück.

Man erinnere sich, daß Gingrich in den 1994er Wahlen der exponierte Führer einer Koalition mit der extremen Rechten in und außerhalb der Republikanischen Partei war. Mit einem reaktionären 10-Punkte-Programm, das u.a. später zur Abschaffung des Wohlfahrtsprogramms →

→ auf Bundesebene führte, wurde die rechte Wählerbasis erfolgreich mobilisiert. Die Republikanische Partei errang seit 40 Jahren zum ersten Mal wieder die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

Weit verbreitet ist die Meinung, daß es diese extreme Rechte war, die den Unter-Gürtellinie-Angriff auf Präsident Clinton wenn nicht initiiert, so doch aktiv und finanziell unterstützt hat. (Verschwörungs-Enthusiasten vermuten sogar, daß Monica Lewinsky von der Rechten ins Weiße Haus geschickt wurde.) Nachdem sich dieser Angriff nicht in einem Wahlerfolg niedergeschlagen hat, wird Gingrich nun von rechts angegriffen. Ihm wird prinzipielle Komromißlerei vorgeworfen. Er habe einem Haushaltspromiß zugestimmt, der die versprochenen Steuererleichterungen fürs Kapital und die oberen Mittelschichten aufgab. Ideologisch habe er versagt, als er die republikanischen Kandidaten ohne Wahlkampfthemen und nur bewaffnet mit moralischer Empörung über den Clinton-Sexskandal in einen sehr teuren Wahlkampf geschickt habe.

Jesse Jackson, Führer der Regenbogen-Koalition und immer noch aktiv als Sprecher der Unterprivilegierten, gleich welcher Hautfarbe, sagt einen Ruck nach rechts in der Wahl des nächsten Sprechers des Repräsentantenhauses voraus. Er meint, daß Gingrich der Rechten nicht hart genug und nicht ideologisch rein genug war. Die Gegenkandidatur Livingstons, vor Gingrichs Rücktrittserklärung bekannt gegeben, sei ein Anzeichen dafür, daß die Führungsfiguren der extremen Rechten wie z.B. der Evangelist Pat Robertson ihn fallen ließen wie eine heiße Kartoffel. Jackson über Gingrich: In dem Moment, in dem Gingrich versucht habe, Themen wie Rassismus, Armut, Ausbildung, Drogenprobleme innerhalb der Rechten aufs Tapet zu bringen, war es vorbei mit seiner Karriere.

Öffentliche Erklärungen von Gegenkandidaten – es wird neben einem neuen Sprecher auch die Position des Mehrheitsführers im Repräsentantenhaus angegriffen – erklären, Prinzipien seien wichtiger als Politikmacherei und Ideologie wichtiger als politische Karriere. Man müsse sich wieder auf Themen konzentrieren. Steuererleichterungen, weniger Regierung, stärkere Verteidigung, freie Marktordnung werden aufgezählt, aber auch Themen wie bessere Ausbildung, Sicherung der Renten- und Krankenversicherung. Die letzteren sind Themen, mit denen die Demokratische Partei ihren Wahlkampf geführt hat und die auch auf der Clinton-Liste bei der letzten Präsidentschaftswahl 1996 standen.

Mit einer so schwachen Mehrheit im Kongreß und den nächsten Präsidentschaftswahlen vor der Tür muß die Republikanische Partei wohl ein paar „aktuelle“ Themen aufgreifen, denn ab und zu sind es doch die Wähler, die entscheiden, wer sie über den Löffel balbiert. (her, ger)



Etwa 1.000 Menschen demonstrierten am 7. November in Berlin für eine strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung des Ex-Militärdiktators Pinochet.

Interview mit Rechtsanwalt Thun, Freiburg

Strafanzeige gegen Pinochet

Der Freiburger Anwalt Konstantin Thun hat gegen den chilenischen Exdiktator beim Bundesgerichtshof Strafanzeige eingereicht. Seine Mandanten sind zwei Männer aus NRW, die nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 gegen die sozialistische Allende-Regierung von chilenischen Soldaten verschleppt und gefoltert worden sind.

Sie vertreten zwei Männer aus NRW, die von Pinochets Soldaten gefoltert worden sind. Was ist ihnen genau widerfahren?

Thun: Unmittelbar nach dem Militärputsch vom September 1973 sind meine Mandanten in Chile verhaftet und teilweise aufs Schwerste und Brutalste durch die chilenischen Militärs unter General Pinochet gefoltert worden. Es handelt sich um den heute 70jährigen Werner Simon, der heute als Rentner in der Nähe von Düsseldorf lebt. Simon wurde in Hamburg geboren und lebte seit 1949 in Chile. Er engagierte sich unter anderem als Gewerkschafter. Das reichte unter General Pinochet schon, in den Verdacht zu geraten, ein gefährliches Element zu sein, das es „auszurotten“ gilt, wie es damals von den Militärs gesagt wurde. Simon mußte 39 Tage auf dem Gefängnisschiff „Lebu“ vor der Küste Valparaisos verbringen. Der heute 60jährige Willi Koehlings, der zweite Anzeigenerstatter, war katholischer Priester und hat sich vor allem in der Sozialarbeit und in der Hilfe für Armeviertel engagiert. Diese Menschen waren die zweite große Personengruppe, die von den Militärs als gefährliche Elemente verfolgt und hundertfach ermordet worden sind.

Wie lauten die strafrechtlichen Vorwürfe in der Anzeige gegen Pinochet?

Thun: Gefährliche und schwere Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung.

Ist die deutsche Justiz überhaupt zuständig? Schließlich ist Pinochet ein chilenischer Staatsbürger.

Thun: Nach § 7 StGB sind die deutschen Behörden gesetzlich verpflichtet, Strafverfolgung zu leisten, auch bei Ausländern, wenn das Opfer ein Deutscher gewesen ist. Meine Mandanten sind heute wie damals deutsche Staatsbürger. Deshalb muß die deutsche Strafbehörde aktiv werden.

Gibt es für ein solches Vorgehen schon Präzedenzfälle?

Thun: Ja, im Mai diesen Jahres hat die „Koalition gegen Straflosigkeit“ in Nürnberg, zu der sich Menschenrechtsorganisationen, Kirchen- und Anwaltsverbände zusammengeschlossen haben, vier Strafanzeigen gegen argentinische Militärs eingereicht, nachdem vier Deutsche dort zu den 30 000 Verschwundenen unter der Militärdiktatur in Argentinien gehören. Der Bundesgerichtshof hat die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth beauftragt, die Ermittlungsverfahren durchzuführen.

Wie kommt es, daß Sie als Freiburger Anwalt Mandaten aus NRW vertreten?

Thun: Weil wir hier in Freiburg die Kommission für Menschenrechte des Anwaltvereins und des Richtervereins gegründet haben, die sich seit mehr als zehn Jahren mit juristischen Fragen des Menschenrechtsschutzes und der Straffreiheit von Menschenrechtsverletzungen beschäftigt und dieser Straffreiheit ein Ende machen will. So haben die beiden Männer meinen Namen bekommen und mich beauftragt, die Strafanträge einzureichen.

Aus Platzgründen von der Redaktion gekürzt. Die Fragen stellte Martin Höxtermann.

CSU erwägt nun Verfassungsklage zum § 218

Auf großes Interesse in Bayern, in Deutschland und über die Grenzen hinaus stieß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den bayerischen Sonderwegen beim § 218. Als Sieg der engagierten Ärzte, als Sieg der Frauen, aber auch als Sieg der Bundespolitik gegenüber Alleingängen eines Landes feierten linke bis liberale Kräfte die Entscheidung. Doch die CSU spuckt nach erstem Würgen bereits wieder Feuer. Sie schmetterte Dringlichkeitsanträge im Landtag ab und gab ein Gutachten in Auftrag, in dem geprüft werden soll, ob eine Klage gegen das Bundesgesetz selbst aussichtsreich ist.

Die wichtigsten Entscheidungen

Nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts verstoßen drei Vorschriften des bayerischen Gesetzes gegen das Grundrecht der Berufsfreiheit der Ärzte: die Begrenzung der Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen auf ein Viertel der jährlichen Gesamteinkünfte eines Arztes; die Vorschrift, daß ein Arzt einen Schwangerschaftsabbruch nicht vornehmen darf, wenn die Frau ihre Gründe für den Abbruchwunsch nicht dargelegt hat; und die Regelung, wonach ein Verstoß des Arztes gegen die staatliche Erlaubnispflicht Strafe nach sich zieht. Hier habe das Land keine Gesetzgebungskompetenz. Zwar darf das Land vorschreiben, daß Ärzte für den Schwangerschaftsabbruch einer besonderen Zulassung bedürfen und außerdem Gynäkologen sein müssen, doch da Bayern keine Übergangsregelung für bereits praktizierende Ärzte erlassen habe, verstoße es auch hier gegen die Berufsfreiheit.

Das Gericht betont, daß der Bundestag die Reform des § 218 am 25.8.1995 umfassend und abschließend regelte. Nach intensiver Beratung habe man damals festgelegt, daß Praxen oder Kliniken, die nur Schwangerschaftsabbrüche durchführen, nicht mit dem Mittel der Quotierung der Einnahmen zu verhindern sind. Ein Bundesland habe daher nicht das Recht, „kompetenzmäßig getroffene Entscheidungen des Bundes nachzubessern“.

Mit seiner Kostenentscheidung – neun Zehntel der entstandenen Kosten muß die bayerische Staatsregierung tragen – hat der Karlsruher Senat deutlich gemacht, wie die Gewichte bei dieser Entscheidung verteilt sind.

Urteil verfassungswidrig?

Drei der acht RichterInnen (Senatsvorsitzender Hans-Jürgen Papier und die Richterinnen Karin Graßhof sowie Evelyn Haas) kritisierten in einem Minderheitenvotum äußerst aggressiv das Urteil. Es stelle das Schutzkonzept der Beratungsregelung, das das Verfassungsge-

richt 1993 gebilligt habe, „geradezu auf den Kopf“. Was die anderen fünf Richter in den Paragraphen 218 „hineingelesen“ hätten, verdiene den Stempel „verfassungswidrig“.

So faßte die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm wieder Tritt. „Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß ein Verfassungsgericht seine eigene Rechtsprechung schon nach wenigen Jahren so eindeutig in Frage stellt und dem Zeitgeist frönt“, erklärte sie forsch. Und ergriff sogleich den Strohhalm, den das Gericht bereithält. Die Richter haben deutlich gemacht, daß sie der bayerischen Position zum Schutz des ungeborenen Lebens nicht inhaltlich, sondern nur formal widersprechen; wenn der Freistaat Bayern also verfassungsmäßige Zweifel an dem 95er Bundesgesetz habe, wäre eine Normenkontrollklage angebracht.

Bayern läßt Gutachten fertigen

Gleich danach beschloß die Staatsregierung am 28. Oktober, ein Gutachten in Auftrag zu geben, mit dem die „Verfassungsmäßigkeit des Bundes im Hinblick auf das Erfordernis des Lebensschutzes“ geprüft wird. Erst auf dieser Grundlage will die Staatsregierung dann im kommenden Jahr über ein weiteres Vorgehen entscheiden. Während Barbara Stamm tönt: „Wenn ich Werte nicht total aufgeben will, kann nicht die erste Frage sein, ob ich mit einer Klage Erfolg habe oder nicht“, mahnt CSU-Fraktionschef Alois Glück: „Der Aspekt der Prinzipientreue muß mit dem Aspekt der politischen Klugheit verbunden werden.“

Von Frieden keine Spur

Bei den Jubelmeldungen zur Mehrheitsentscheidung des Gerichts fällt die Formulierung auf, es sei jetzt endlich „Frieden“ und „Ruhe“ hergestellt worden sei. Die Landtagsfraktionen der bayerischen SPD und Grünen mußten jedoch feststellen, daß davon keine Rede sein kann. Ihre beiden Dringlichkeitsanträge wurden von der CSU-Mehrheit im Landtag am 29.10.98 abgeschmettert. Petra Münzel von den Grünen machte den Punkt deutlich, um den es weiter krachen wird: „Die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben die Frauen in ihrem Urteil mit Recht

von der schikanösen Pflicht befreit, ihre Gründe für ihren Entschluß gegenüber dem Arzt offenbaren zu müssen. In den Leitsätzen zur Begründung des Urteils heißt es auf Seite 81 wörtlich: „Der Gesetzgeber hat (...) die Erwägungen, die für die Konfliktberatung gelten, auch für das Gespräch beim Arzt für durchschlagend erachtet.“ Da nach Richtermeinung (Leitsätze, Seite 83) in dem vorausgehenden Beratungsgespräch „aus Sicht der Frau der Zwang zur Offenbarung (...) in gleicher Weise belastend ist“, wäre es, so Münzel, nur konsequent, auch diese Vorgabe ersatzlos zu streichen. Daher ist es nach Ansicht der Grünen auch nicht länger gerechtfertigt, wenn die Staatsregierung an dem umstrittenen Artikel 10 des Schwangerenberatungsgesetzes festhält, der den Frauen vorschreibt, bei dem Beratungsgespräch ihre Gründe darzulegen.

Die SPD beantragte, daß die Sondergesetze so geändert werden müssen, daß sie dem Bundesrecht entsprechen.

Die CSU jedoch vertrat schlichtweg die Meinung, nach dem Richterspruch sei nur der Facharztvorbehalt zu ändern, weil hier die Übergangsklausel fehlt. CSU-Fraktionschef Alois Glück erklärt: „Das Kernstück der bayerischen Regelungen zum bestmöglichen Schutze des ungeborenen Lebens, das Beratungskonzept, ist unangetastet. Es war nicht Gegenstand der in Karlsruhe verkündeten Entscheidung. Behauptungen, der angebliche bayerische Sonderweg sei gescheitert, sind deshalb unzutreffend.“

Fortschritt und Gefahr

Die CSU will ihre Rechtsaußenstellung ausbauen. Sie eröffnet nun mehrere Kampffelder: Zum einen versucht sie, mit weiteren bürokratischen Hindernissen ihre Vorstellung von „Lebensschutz“ durchzudrücken. Zum zweiten bereitet sie sich mit der Verfassungsprüfung des § 218 auf eine grundsätzliche Lebensschutzdebatte vor und zum dritten gräbt sie mit der Hetze zum Karlsruher Richterspruch die Startlöcher für ein parteiübergreifendes Länderbündnis gegen eine zentralistische „Berliner Republik“.

Doch die öffentliche Meinung hat sich geändert. Das zeigten schon die Wahlen, und das drückt auch der Richterspruch aus, der wohl nicht ohne Absicht erst nach den Wahlen getroffen wurde.

Nun wird es spannend, wie die Parteien und betroffenen Initiativen sich zu den Befreiungsschlägen der CSU verhalten. Unklar ist auch, was mit der bis zum Richtersurteil eingestellten Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen den bayerischen § 218-Sonderweg wird. Rote Roben können den öffentlichen Druck nicht ersetzen. *baf*



Will jetzt ein Gutachten über „Lebensschutz“: CSU-Ministerin Barbara Stamm

Wie die Armut bekämpfen?

Im Vorfeld einer für den 13. bis 15.11. geplanten Konferenz der Sozialhilfeinitiativen hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen eine erste Bewertung der Koalitionsvereinbarungen zur Bekämpfung der Armut veröffentlicht.

1. Das Damokles-Schwert Lohnabstandsgebot, das im kommenden Jahr mit Regelsatzkürzungen auf uns niederzurasseln drohte, ist im zeitlichen Raum ein Stückchen nach hinten verrückt worden. Das gibt uns die Möglichkeit, auch der neuen Regierung unsere Forderung nach ersatzloser Streichung des Lohnabstandsgebots näher zu bringen.

2. Der Vertragstext impliziert, daß zur Zeit keine Bedarfsgerechtigkeit bei der Festsetzung der Regelsätze, insbesondere der Kinder, gegeben ist und die Bemessungsgrundlage der Sozialhilfe zuverlässiger ermittelt und fortgeschrieben werden sollen.

Wir wollen positiv vermuten, daß im Verlauf dieser Ermittlung ein Modus gefunden wird, wie auch den Kindern sozialhilfebeziehender Familien eine tatsächliche Verbesserung aus der geplanten Kindergelderhöhung erwachsen kann. Resultat einer lauteren Bedarfsermittlung müßte ebenfalls die Wiedereinführung des Mehrbedarfeszuschlags für Alte ab 60 und Erwerbsunfähige sein,

3. In einigen Kommunen soll es modellhafte Versuche mit der Pauschalierung von mehreren Leistungsarten wie Regelsätze, einmalige Leistungen und Kosten der Unterkunft geben. Solange die Experimente darauf abzielen, die Kosten im Verwaltungsapparat zu senken, können sie behilflich sein. Eine Reduzierung der bedarfdeckenden Leistungen nach dem individuellen Lebenslagengrundsatz des Bundessozialhilfegesetzes lehnen wir in aller Entschiedenheit ab.

Bekämpfung der Armut – Arbeit statt Sozialhilfe

Aus der Koalitionsvereinbarung

Die Bekämpfung der Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung. Besonders die Armut von Kindern muß reduziert werden. Die neue Bundesregierung wird regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht erstatten.

Jeder Mensch soll die Chance bekommen, sein Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Deshalb ist es das Ziel der neuen Bundesregierung, daß Arbeitsfähigen, die Sozialhilfe erhalten, eine Arbeit, eine Umschulung oder eine Weiterbildung angeboten wird. Um die Vermittlung in Arbeit zu erleichtern und um überflüssige Bürokratie abzubauen, soll die Zusammenarbeit zwischen So-

4. Erwerbsfähigen Sozialhilfebeziehern soll in Zukunft ein Arbeitsplatz, Umschulung oder Weiterbildung angeboten werden. Junge Menschen sollen durch ein Sofortprogramm in zusätzliche Ausbildungsplätze vermittelt werden. Dies begrüßen wir nachdrücklich. Es wird nun an der Ausgestaltung dieser „Hilfe-zur-Arbeit-Programme“ liegen, wie und in welchem Umfang sie von den Betroffenen angenommen werden. Aktionistische Verbringung von Leistungsberechtigten in gemeinnützige und untertariflich bezahlte Arbeit wirkt demoralisierend statt integrativ. Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung sind nicht Probleme des Individuums, denen mit Disziplinierung und restriktiven Maßnahmen begegnet werden kann.

Schon die Verknüpfung des Begriffspaares „Bekämpfung der Armut“ und „Arbeit statt Sozialhilfe“ läßt uns hier nichts Gutes vermuten. Armut durch Arbeitsplatzverlust ist ein Trend, dem es mit sinnvollen arbeitsmarktpolitischen Interventionen zu begegnen gilt. Dabei ist jedoch sicherzustellen, daß die Bekämpfung der Armut bei den zwei Dritteln der SozialhilfebezieherInnen, die nicht erwerbsfähig sind, als weitere Priorität behandelt wird.

5. Die Initiativen selbst hoffen auf Grund der Koalitionsvereinbarungen auf verstärkte finanzielle Förderung und den Abbau juristischer Hindernisse, die sich der Arbeit der Sozialhilfeinitiativen entgegenstellen, hier vorrangig in Form des nicht mehr zeitgemäßen Rechtsberatungsgesetzes.

6. Als auffälligster Mangel des Koalitionsvertrags ist das Fehlen irgendeiner Aussage zum Asylbewerberleistungsge- setz, einem der folgenschwersten Produkte der konservativen Sozialabbaupolitik, zu beklagen. (Frankfurt, 5.11.1998)

zialämtern und Arbeitsämtern nachhaltig verbessert werden. Für einen Modellversuch zur Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen werden unter Beachtung des Prinzips der Bedarfsdeckung und der Freiwilligkeit die gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Die neue Bundesregierung wird ein Konzept für eine bedarfsoorientierte soziale Grundsicherung entwickeln, das schrittweise eingeführt werden soll.

Die 1999 auslaufende Übergangsregelung zur Anpassung der Sozialhilferegelsätze wird um zwei Jahre verlängert. Darüber hinaus wird die neue Bundesregierung ein Gutachten über die Möglichkeit der Sicherung einer verlässlichen empirischen Datenbasis in Auftrag geben. Ziel dabei ist es, die Bedarfsgerechtigkeit der Regelsätze – insbesondere der Kinder – zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

Kurdische Gewerkschafter zu Gast in der Bundesrepublik

Seit dem 29. Oktober befinden sich drei Gewerkschaftsvertreter aus Diyarbakir, dem kurdischen Gebiet der Türkei, in der Bundesrepublik.

Mehmet Iskitas ist Vorsitzender von Haber-Sen Diyarbakir (Gewerkschaft für Telekommunikation und Postwesen). Bis September war im KESK-Vorstand der Türkei. Derzeit ist er auch Sprecher der Demokratischen Plattform Diyarbakir, in der 38 demokratische und oppositionelle Gewerkschaften und Organisationen zusammengeschlossen sind. Celalettin Birtane ist Vorsitzender von EnerjiYapi-Yol Diyarbakir (Gewerkschaft für Energiewirtschaft und Straßenbau). Er ist Mitglied des Hauptausschusses von KESK Türkei. Sefik Türk ist Vorstandsmitglied von Egitim-Sen (Erziehungsgewerkschaft).

Sie folgen einer Einladung der DGB-Kreisverbände Rhein-Neckar und Mittelbaden, des GEW-Landesverbandes Bayern, des DGB Hamburg, der ÖTV Hamburg und der HBV Hamburg.

Bisher führten sie Gespräche mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolf (PDS), mit Gewerkschaftern und Betriebsräten in Mannheim, mit dem DGB Rhein-Neckar (Heidelberg), dem DGB Mittelbaden (Karlsruhe), der GEW Karlsruhe, der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen München und der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dem Landesverband der GEW Bayern, dem DGB, der HBV und der ÖTV Hamburg. Besucht wurden die Zentralstelle der Roma und Sinti in Heidelberg sowie die Gedenkstätte Buchenwald. Beim Erscheinen dieser Ausgabe werden sie in Berlin und Bonn Termine bei Gewerkschaften, Bundestagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie im Auswärtigen Amt wahrnehmen.

In Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, München und Hamburg fanden mit unterschiedlicher Beteiligung Veranstaltungen statt. Sie berichten über die Arbeit des Dachverbandes KESK, der in der Türkei 500 000 Mitglieder im Bereich des öffentlichen Dienstes organisiert hat. KESK ist der zweitgrößte gewerkschaftliche Dachverband der Türkei. 30 Prozent der Mitglieder von KESK sind Frauen. Ebenfalls ein Novum für die Türkei ist, daß der stellvertretende Vorsitz von KESK von einer Frau besetzt wird. Alle gewerkschaftlichen Aktivitäten und Funktionärstätigkeiten von KESK und seinen 22 Mitgliedsgewerkschaften werden ehrenamtlich ausgeführt. KESK kämpft für Streikrecht und Tarifautonomie und will entsprechend der interna-



Der 2. ordentliche KESK-Kongreß fand Anfang September in Istanbul statt.

tionalen Vereinbarungen der ILO offiziell als Verhandlungspartner anerkannt werden. Die Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeit werden an folgendem Beispiel deutlich: Vom Staatshaushalt der Türkei werden 40 Prozent für den Krieg ausgegeben, weitere 40 Prozent für die Tilgung der Auslandsschulden. Es bleiben also nur 20 Prozent für mehr als 60 Millionen Menschen übrig. Davon werden 2,5 Prozent für Gesundheit und drei Prozent für Bildung einschließlich der Löhne und Gehälter bereitgestellt. Das öffentliche Leben in der Türkei wird durch die Kriegs- und Schuldenwirtschaft bestimmt. Ohne einen radikalen Wandel der Politik der Türkei kann keine Verbesserung der Lebensbedingungen der türkischen und kurdischen Werktäglichen erreicht werden. Eine Grundvoraussetzung dazu ist die Beendigung des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung. KESK versteht sich daher als Opposition für Frieden und die Demokratisierung der Türkei. In ihrer Satzung betont KESK die Notwendigkeit des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens der Völker der Türkei auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Gewerkschaftsarbeit bedeutet, mit der Verfolgung durch die türkischen Sicherheitskräfte zu leben. Bis vor zwei Jahren wurden aktive Gewerkschaftskollegen in den kurdischen Gebieten ermordet. Kein einziger Mord wurde bisher aufgeklärt. Jetzt hat der Ausnahmezustandsgouverneur von Diyarbakir zu anderen Mitteln geegriffen. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und besonders die Vorstandsmitglieder werden verbannt, d.h. sie werden an Hunderten von Kilometern entfernte Orte in den Westen der Türkei bis hoch an die griechische oder bulgarische Grenze versetzt. Diese Orte zeichnen sich meist durch einen hohen Organisationsanteil fundamentalistischer oder faschistischer Gruppierungen aus. Eine Berufsausübung oder Gewerkschaftstätigkeit in den Ausnahmezustandgebieten

wird den verbannten Kolleginnen und Kollegen untersagt.

Gegen die Verbannungspraxis wollen jetzt Kreisverbände der GEW aktiv werden. Das ist ein erstes Ergebnis der Gespräche hier. In Heidelberg haben DGB, ÖTV und HBV in einer Erklärung von dem örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten gefordert, sich für eine Änderung der Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung einzusetzen: Waffenlieferungen an die Türkei sollen an die Einhaltung der Menschenrechte gekoppelt werden. Eine regelmäßiger Informationsaustausch und eine schnelle Unterrichtung für Notfälle soll zwischen den Gewerkschaftsgliederungen hier und KESK in Diyarbakir aufgebaut werden. Die Delegation sprach Einladungen zu Newroz, den Kommunalwahlen und zum Antikriegstag nach Diyarbakir aus. rub

Zum 5. Jahrestag: Petition an Bundestag

10 000 Unterschriften gegen das PKK-Verbot

Fast 10 000 Unterschriften sind schon zusammengekommen, bis Ende November, wenn sich das 1993 von CDU-Innenminister Kanther verhängte PKK-Verbot zum fünften Mal jährt, sollen es noch mehr werden. Die im Dezember 1997 gestartete Petition „Dialog statt Verbot – das PKK-Verbot aufheben!“ wird dann an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags übergeben.

Ob das reichen wird, um den Bundestag bzw. die rot-grüne Bundesregierung zu einer Aufhebung des PKK-Verbots zu bewegen, ist nicht sicher. Immerhin hat die rot-grüne Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung das Thema PKK-Verbot, Waffenexporte in die Türkei und die deutsche Politik in der kurdischen Frage ausgespart – was immer das heißen mag. Fest steht, daß die Lobby für eine Fortsetzung der deutsch-türkischen Waffenbrüderlichkeit in der SPD unverändert

stark ist, und bei der letzten Abstimmung im Innenausschuß des alten Bundestags über die Aufhebung des PKK-Verbots vor einigen Monaten hatten sich selbst die Grünen enthalten.

Immerhin: Die fast ein Jahr laufende Unterschriftensammlung für die Petition zur Aufhebung des PKK-Verbots kann auf eine stattliche Zahl von Unterstützungserklärungen für ihr Anliegen verweisen. Knapp 10 000 Unterschriften sind schon zusammengekommen. WissenschaftlerInnen, Ärzte, Anwälte, Journalisten, Juso-Bundesvorstand, PDS-Parteivorstand, Landesverbände und Abgeordnete von Grünen, Jusos und PDS, Gewerkschafter/innen aus HBV, GEW, ÖTV, IG Medien, IG Metall u.a., darunter die HBV-Landesvorsitzenden von Thüringen und Bayern, der GEW-Vorstand Hamburg, die IG Medien Berlin, Flüchtlingsgruppen, Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen unterstützten die Forderung nach einer Aufhebung von Kanthers folgenschwerem „PKK-Verbot“ mit seiner weitreichenden Einschränkung von Grundrechten der kurdischen Bevölkerung in diesem Land – auch als ein deutliches Signal an die türkische Politik, Schluß zu machen mit einer „militärischen Lösung“ der kurdischen Frage.

Zu den vielen Unterzeichner/innen der Petition gehören: Aachener Friedenspreis, SOS Rassismus-Zivilcourage Frankfurt, WADI, Antirassistische Initiative Berlin, Appell von Hannover, medico international, die Berliner Stiftung Umverteilen, Dritte Welt Haus Frankfurt, Flüchtlingsräte Hessen, Niedersachsen, Bayern, Hamburg, Bundesarbeitsgemeinschaft der „Kritischen Polizistinnen und Polizisten“, VVN/BdA, BUKO, YEK-KOM, Kölner Büro der Friedensinitiative „Millionen Stimmen für den Frieden“ in der Türkei, Fraueninitiative Leyla Zanna, Förderverein der Yilmaz-Güney-Stiftung, Rote Hilfe, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär, Hilfswerk für die Gefangenen in der Türkei bei der DFG/VK und viele mehr. „Von der Forderung nach einer Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei, von der Achtung der Menschenrechte der Kurden und einer Förderung des Dialogs zur Lösung der kurdischen Frage hält sich die deutsche Politik noch fern. Die einseitige Unterstützung der türkischen Regierung dauert an, dazu gehört das PKK-Verbot“ – heißt es in der Petition.

Vermutlich am 24. November werden die Unterschriften in Bonn übergeben, verbunden mit einer Pressekonferenz mit Abgeordneten von Grünen, SPD und PDS. Wer also noch nicht unterschrieben hat, sollte das sofort tun, wer noch aus gefüllte Unterschriftenlisten hat, sollte diese jetzt sofort zurückschicken an: *Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Berlin*
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Tel. (030) 69 40 10 39,
Fax (030) 69 40 10 41. rub

**Das nebenstehende
Foto hat der Fotograf
Sebastiao Salgado
1996 in Paraná bei der
Besetzung der Fazenda
Giacometti aufgenommen. Salgado schreibt
zu dem Foto:**

„Beeindruckend war die Menschenkolonne von mehr als 12 000 Leuten oder 3 000 Familien auf dem Marsch durch die kalte Nacht anfang dieses Winters nach Paraná. Das Heer der Feldarbeiter marschiert in fast vollständigem Schweigen. Das gleichmäßige Keuchen der Lungen, die große Anstrengungen gewöhnt sind, und das dumpfe Geräusch der Schritte auf dem Asphalt sind kaum zu hören.“

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, daß das Ziel dieses Menschenstroms die Fazenda Giacometti ist, eine der gewaltigen Latifundien, die für Brasilien so typisch sind. Diese unzureichend genutzten Latifundien bringen aufgrund ihrer kolossalen Größe den Besitzern Erträge in Millionenhöhe. Richtig genutzt könnten die 83 000 Hektar der Fazenda Giacometti den 12 000 Menschen, die in diesem Augenblick auf sie zu marschieren, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Landarbeiter gehen schnell. 22 Kilo-



meter wurden in weniger als fünf Stunden zurückgelegt. Als sie am Ziel ankommen, brach der neue Tag an. Die erste Morgenröte war in dichte Nebelschwaden gehüllt. Sie lösten sich nach und nach von der Erde, vertrieben von der Feuchtigkeit des Rio Iguaçu, der hier ganz in der Nähe fließt.

Nun ergießt sich der Menschenstrom über den nächtlichen Asphalt landeinwärts, stockt und staut sich wie Wasser in einem Stausee, als er sich anschickt, in das Tor zur Fazenda zu münden. Kinder und Frauen werden sicherheitshalber hinter den „Staudamm“ gebracht. Für den Fall, daß es zu einer Konfrontation mit den Wachleuten der Fazenda kommen

sollte, bilden die Männer eine Frontlinie.

Da sich die kleine Armee des Großgrundbesitzes nicht röhrt, brechen die Männer an der Spitze das Vorhängeschloß auf. Das Tor öffnet sich sperrangelweit. Sie setzen den Fuß über die Schwelle und treten ein. Jetzt kommt der Menschenstrom erneut in Bewegung. Sicheln, Hacken und Fahnen ragen aus der nicht mehr aufzuhaltenden Lawine der Hoffnungen auf diese Wiederbegegnung mit dem Leben. Der unterdrückte Schrei der Landlosen schallt wie aus einer Kehle in den klaren neuen Tag: „Landreform – ein Kampf von allen!“ Paraná, 1996“

(abgedruckt im Buch „Terra“ von Sebastiao Salgado, Verlag Zweitausendundeins, 1997)

Von Hunger und Landreform

Vertreter brasilianischer Landloser zu Besuch auf Veranstaltungen in Europa

Brasilien ist eines der reichsten Länder der Erde, dünn besiedelt und mit fruchtbaren Böden. Und doch leiden in dem südamerikanischen Staat viele Menschen an Hunger und Unterernährung. Ein wichtiger Grund hierfür ist die ungerechte Verteilung der Ländereien. Hautnah über diese Problematik berichtet wird in verschiedenen Orten in Deutschland in der Zeit vom 6. November bis 25. November 1998 (siehe der unten dokumentierte Veranstaltungskalender).

Zwei Gäste aus Brasilien werden Rede und Antwort stehen: Irma Maria Brunetto von der Landlosenbewegung MST und Sebastiao Neves Rocha von der Landarbeitergewerkschaft Contag.

Zentrales Thema der FIAN-Veranstaltungen wird die Auseinandersetzung um die Agrarreform in Brasilien sein. Während etwa fünf Millionen Familien als Landlose auf Suche nach einer Existenz sind, liegen 100 Millionen Hektar Land von Großgrundbesitzern brach. Doch die Regierung kommt ihren eigenen Geset-

zen nicht nach: Anstatt im Zuge einer Agrarreform das Überschubland an die Landlosen zu verteilen, können Revolvermänner der Großgrundbesitzer ungestraft mit brutaler Gewalt gegen friedliche Landbesetzungen vorgehen. Mehr als 1 000 Menschen sind bei blutigen Landkonflikten in den letzten Jahren in Brasilien ermordet worden.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN führt derzeit eine internationale Agrarreform-Kampagne durch. Im Frühjahr dieses Jahres fanden dabei bereits Protestaktionen vor Botschaften Brasiliens in zehn Ländern (auch in Deutschland) statt.

Bei den Veranstaltungen in ganz Europa soll unter anderem auch überlegt werden, wie von hier aus mitgeholfen werden kann, das Menschenrecht auf Nahrung der brasilianischen Landlosen durchzusetzen.

FIAN wird mit einer Delegation aus Brasilien Anfang Dezember das drängende Thema auch gegenüber der neuen

rot-grünen Bundesregierung in Bonn ansprechen.

Veranstaltungskalender:

- 11.11.98 Bad Bentheim
- 12.11.98 Duisburg
- 17.11.98 Aachen
- 18.11.98 Köln
- 19.11.98 Lörrach
- 20.11.98 Tübingen
- 21.11.98 Heidelberg
- 23.11.98 Freudenstadt
- 24.11.98 Nürnberg
- 25.11.98 München

Weitere Informationen über die Kampagne sind zu bekommen bei:

FIAN-Food First Informations- & Aktions – Netzwerk
Tel.: 02323 490099
Fax.: 02323 490018
e-mail: fian@herne.netsurf.de
WEB-Anschrift: <http://www.uni-hildesheim.de/~tilg0003/hildfian.htm>
(In deutscher Sprache)

Die Linke des Subkontinents diskutiert über ihre Perspektiven

Von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 28. Oktober 1998, *Poonal*).- Es ist schon Tradition geworden, das alljährliche Treffen linksdemokratischer und sozialistischer Parteien und Organisation aus Lateinamerika und der Karibik, die dem Forum von São Paulo angehören. Am Donnerstag, den 29. Oktober, begann in Mexiko-Stadt die achte Zusammenkunft. Gastgeber ist wie bereits 1991 die oppositionelle Partei der Demokratischen Revolution (PRD). Das Motto „die Herausforderungen der Linken angesichts des neuen Jahrtausends“ ist zwar nicht gerade originell gewählt, wird den weit über 100 Delegierten aus 20 Ländern aber knapp vier Tage lang genug Diskussionsstoff liefern. Schließlich hat sich seit dem ersten Forum von São Paulo, das die brasiliensche Arbeiterpartei (PT) 1990 organisierte, einiges verändert.

Mit Spannung wird auf der Eröffnungsveranstaltung die Rede von Luis Inacio „Lula“ da Silva, dem Anfang des Monats zum dritten Mal gescheiterten Präsidentschaftskandidaten in Brasilien, erwartet. Lula steht für ein Dilemma, das die Linke des Subkontinents durchweg auszeichnet: Sie stellt zwar inzwischen die Bürgermeister in Hauptstädten wie Montevideo, Buenos Aires, Mexiko-Stadt oder San Salvador, Provinzgouverneure sowie zahlreiche Abgeordnete in Bundesparlamenten. Doch bei dem Versuch, Wahlen auf landesweiter Ebene zu gewinnen, sind die Erfolge im vergangenen Jahrzehnt fast gleich Null gewesen. Neue Hoffnungsträger sind derzeit die ehemalige Guerilla der salvadoreanischen FMLN und die mexikanische PRD.

Für letztere werden heute sowohl Bürgermeister Cuauhtemoc Cárdenas und der Parteivorsitzende Manuel López Obrador sprechen. Rederecht zum Auftakt haben ebenfalls José Ramón Balaguer von der kommunistischen Partei Kubas sowie je ein Vertreter der haitianischen OPL und der guatemaltekischen URNG. Diese Zusammensetzung verdeutlicht anschaulich die Bandbreite, die im Forum von São Paulo vereint ist. Aus Asien, Nordamerika, Afrika und Europa haben sich zudem zahlreiche Beobachterdelegationen angekündigt.

In Arbeitsgruppen und im Plenum soll in den folgenden Tagen unter anderem über Alternativen zum Neoliberalismus, die Stellung Lateinamerikas in der Welt und gemeinsame Strategien der Linken debattiert werden. Dabei wird sich herausstellen, ob die Mitglieder des Forums sich einem eher reformistischen oder

mehr radikalem Weg verschreiben wollen. Im vergangenen Jahr ließ das VII. Forum im brasilienschen Porto Alegre diesbezüglich viele Optionen offen. In einer Erklärung wurden als unterstützende Alternativen zum Neoliberalismus „nationalistische, volksdemokratische und sozialistische Optionen“ akzeptiert, „die für soziale Gerechtigkeit stehen“. Einfacher war es da schon mit der Formulierung der verbalen Pflichtübung, den Kampf für die nationale Souveränität gegenüber der Vorherrschaft des nordamerikanischen Imperialismus zu verstärken.

Aktualitätsbedingt werden auf dem VIII. Forum von São Paulo sicherlich die Verhaftung von Augusto Pinochet und die Verhandlungen zwischen Guerilla, Zivilgesellschaft und Regierung in Kolumbien auf der Tagesordnung sein. Die stärkste kolumbianische Guerilla-Organisation FARC ist mit einer eigenen Abordnung präsent. Zwei weitere Punkte geben dem Treffen wegen der Ortswahl besonderen Reiz. Der mexikanischen Regierungspartei PRI, den Statuten nach immer noch links, wurde nach heftigen Diskussionen bei den zurückliegenden Foren ein Beobachterstatus gewährt. Da nun im eigenen Land die PRD die Gastgeberrolle spielt, ist noch unklar, ob die PRI diesmal überhaupt teilnehmen will und wird. Außerdem wird das Forum kaum umhin kommen, deutlich Stellung zur Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) in mexikanischen Bundesstaat Chiapas zu nehmen. Im Gegensatz zum engen Verhältnis mit anderen aktiven oder ehemaligen Aufstandsbewegungen in Lateinamerika hat es zwischen Zapatisten und dem Forum bisher keine offiziellen Kontakte gegeben. Spätestens am Sonntag wird deutlich geworden sein, ob die Parteien und Organisationen an die Aufbruchstimmung der ersten Treffen anknüpfen können oder sich das Forum doch eher als eine Instanz etabliert, die wichtige Austauschmöglichkeiten bietet, ohne aber große Impulse auszusenden.

Polen

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen

Von Dr. Zbigniew Wiktor

Am 11. Oktober 1998 fanden in Polen die Wahlen zu den Selbstverwaltungsbehörden, der Gemeinde-, Kreis- und Wojwodschaftsvertretungen statt. Dies war ein wichtiges politisches Ereignis, weil Wahlen auch auf der lokalen Ebene ein Maßstab für das politische Klima im Lande sind.

Die Kandidaten müssen im Wahlkampf sich dem Wähler vorstellen, über ihre Programme informieren und eine Perspektive für die ökonomischen und so-

zialen Probleme aufzeigen. Die gegenwärtigen Resultate nach neun Jahren der „Transformation“ sind beklagenswert, weil die Politik nicht mehr dem Werkzeug, sondern nur noch dem „Bisnes“, dem Kapital und Spekulanten dient.

Die Bedeutung der Wahlen steht im Zusammenhang mit einer neuen Verwaltungsgliederung Polens. Seit 1990 gab es Wahlen nur auf der Gemeindeebene, es gab keine Selbstverwaltungsorgane und die territorialen Kreiseinheiten in zwei Verwaltungsstufen existierten nicht. Ab 1999 sollen in Polen ca. 2100 Gemeinden, 270 Land- und Stadtkreise und 16 große Wojwodschaften eingerichtet werden. Wegen einer solchen umfassenden Verwaltungsreform prallten die politischen Widersprüche während des Wahlkampfes hart aufeinander.

Sowohl die Regierung wie auch die Opposition haben ihre Interessen im neuen Wahlgesetz untergebracht, und es wurde mit großer Mehrheit im Parlament verabschiedet. Auf dem Land und in den kleinen Städten (bis zu 20000 Einwohner) hat das Wahlgesetz das Mehrheitswahlrecht eingeführt.

In den größeren Städten sowie in den Kreisen und Wojwodschaften gilt das Verhältniswahlrecht (mit 5%-Klausel) mit der Folge, daß schwache Parteien keine Möglichkeit haben, in die Parlamente zu kommen. Der Wahlkampf in den kleinen Gemeinden war sehr personalisiert. In der Regel entschied die Persönlichkeit und Autorität des Lokalpolitikers, weniger das Parteibuch, ob er gewählt wurde oder nicht. Wahlentscheidend war auch, ob der Kandidat die Unterstützung der katholischen Kirche hatte oder auch nicht. Lobte ihn der Pfarrer von der Kanzel, war es fast sicher, daß dieser Politiker gewählt wurde.

Das Ergebnis der Wahlen stärkte die Positionen der zwei Hauptkräfte im polnischen Parteienspektrum: der Demokratischen linken Alliance (SLD) und der Wahlaktion Solidarnosc (AWS). Die Wahlen waren ein weiterer Schritt hin zu einer Polarisierung des Parteiensystems in Polen: auf der einen Seite der Sozialdemokratie, auf der anderen die Christdemokratie. Beide Parteien sind jedoch keine homogene Einheit. Beide sind Parteibündnisse, hinter denen sich bis zu 30 kleine Gruppierungen verbergen können.

Die SLD verstärkte ihren Einfluß im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1997 um ca. 7%, insbesondere in West- und Nordpolen, während die AWS in Süd- und Ostpolen zulegte. Die Hochburgen der AWS sind Gdańsk mit der Geschichte von Walesa und den Werften, aber auch mit neuem „Bisnes“ und der Kirchenmetropole. Andere Hochburgen sind Krakow, Lublin und auch Polens Hauptstadt Warszawa. Dagegen zählen Łódź oder auch die Pilgerstadt Częstochowa zur Hochburg der SLD.

Bemerkenswert bleibt auch die Verschlechterung des Einflusses der Frei-





heitsunion (UW) – einer homogenen, liberal-bürgerlichen Partei. Sie muß man sich als die Vertreter des internationalen Kapitals in Polen vorstellen. Ihr Führer, der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Balcerowicz, der seit 1989 Hauptarchitekt der „kapitalistischen Reformen“ ist, hatte sicherlich kein Anlaß zu jubeln. Die Wähler, insbesondere die Arbeiter und Bauern, erkannten die Folgen seiner Politik, die zu Arbeitslosigkeit und Elend führt. Das Ergebnis der „Reformen“ von Balcerowicz ist, das Polen zu einer Halbkolonie der BRD und der USA wurde.

Trotz der Verluste für die UW bleibt sie doch auf zentraler Ebene ein wichtiger Bündnispartner für die gegenwärtig in Polen herrschende AWS-Koalition. Aber auch die SLD kann sich die UW als Regierungspartner vorstellen.

Eine Niederlage erlitt auch die Polnische Bauernpartei (PSL). Sie bekam schon bei der letzten Parlamentswahlen einen Denkzettel verpaßt. Stark ist sie noch in Gebieten, wo die kleine traditionelle Bauernwirtschaft noch funktioniert. Ihre soziale Basis sind die armen, konservativen, von der katholischen Kirchen beherrschten Bauern. In den Gebieten Zentral- und Südpolen bleibt sie auf der regionalen Ebene ein Koalitionspartner.

Die Wahlen offenbarten auch, daß sich die personelle und organisatorische Struktur der beiden Hauptparteien in den letzten Jahren gewandelt hat. Es gab Wählerverschiebungen von der einen zur anderen Partei. Insgesamt sank aber auch die Zahl ihrer Mitglieder. Nach offiziellen Angaben hat die größte Untergruppierung der AWS – die Gewerkschaft „Solidarnosc“ – weniger als eine Million Mitglieder. Dagegen wächst in den Reihen der AWS der Einfluß der katholischen Organisationen.

Auf der anderen Seite wird in dem Linken Wahlbündnis SLD der Einfluß der Branchengewerkschaft (OPZZ) zurückgedrängt. Die führende Kraft innerhalb der SLD, die Sozialdemokratischen Partei Polens, will nun zügig die Parteistrukturen zentralisieren und homogenisieren, was die gegenwärtige lose Struktur in Frage stellt.

Die Wahlbeteiligung war niedrig, vergleichbar mit der letzten lokalen Wahl 1984 mit ca. 30–40%, was beweist, daß die Mehrheit der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen nicht zu den Wahlurnen gingen. Das Mißtrauen der Volksmassen zum System hat Ursachen und Gründe.

Die gegenwärtige bürgerliche Demokratie fördert das Kapital und seine ausländischen Bevollmächtigten. Es herrscht eine große Arbeitslosigkeit mit den Folgen großer sozialer Unsicherheit und dem Fehlen von Perspektiven. Das Ergebnis der Wahlen zeigt, daß große Teile der Bevölkerung die kapitalistische Transformation nicht unterstützen. Die Politik von SLD und AWS unterscheiden sich kaum. Beide sind Anhänger der ka-

pitalistischen „Reformen“. Die Unterschiede liegen in dem Verhältnis zur katholischen Kirche und in der Bewertung der Geschichte der Volksrepublik Polen.

Die Resultate der Wahlen beweisen, daß sich Polen in einer schweren politischen Krise befindet, die Stabilität des politischen Systems steht in Frage. Die beiden Blockparteien verstärkten ihre Einfluß gegenüber anderen Parteien, aber ihr Einfluß unter den Werktätern vermindert sich.

Bis heute gibt es leider keine reale Systemalternative. Der Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ ist marginalisiert worden und konnte sich nicht als eigenständige Kraft darstellen. Er bekam ca. 10 Mandate, aber im Rahmen verschiedener Wahlbündnisse. Die anderen linksradikalen Gruppen haben auch keinen realen politischen Einfluß. Um eine echte Bedeutung zu bekommen, müssen sie sich vereinigen. Das ist die wichtigste Schlußfolgerung aus den Wahlen.

Niederlande

Das Sozialsystem wird privatisiert

Von Rein Schinkel, „Manifest“ (NCPN)

Die niederländische Hauptstadt Amsterdam hat eine Vorreiterrolle bei der Übergabe des Sozialsystems in private Hände übernommen. Die GmbH „Workforce“ übernimmt die Rolle von Sozial- und Arbeitsamt, um Arbeitslose im problembeladenen Stadtteil Bijlmermeer an die Arbeit zu bekommen, und hat dafür eigens eine straffe Strategie ausgearbeitet. Sinn der Sache ist, Arbeitslose in Arbeitsstellen zu vermitteln, unabhängig davon, ob sie wirklich geeignet sind. Je weniger Arbeitslosen auf diese Weise Sozialleistungen ausgezahlt werden muß, desto höher steigen die Gewinne der „Workforce“.

Von der Lösung „Halbierung der Anzahl der Arbeitslosen innerhalb von zwei Jahren“ animiert, reisten Anfang des Jahres einige Amsterdamer Spitzenbeamte in den US-Staat Wisconsin, wo dieses „Wunder“ geschah, um sich ein Bild zu machen. Mit wässrigem Mund nahmen die Beamten Kenntnis von dem Beschuß, mit dem 1996 unter anderem das Sozialhilfegesetz drastisch geändert wurde. Statt Sozialleistungen auszuzahlen, soll für Arbeit gesorgt werden. Alles nach dem Motto „workfare“ statt „welfare“ (Arbeit statt Sozialhilfe). Die Ausführung des Gesetzes wurde vollständig in die gerne hingehaltenen Hände von privaten Unternehmen übertragen.

Voller Elan lud die niederländische Unternehmer-Universität Nijenrode im Juni Jason Turner, den „erfolgreichen“ Leiter der Operation „Wisconsin Works“, ein, um in Amsterdam auf einem Kongreß über Privatisierung und soziale Sicherheit zu sprechen. Seine Botschaft war

eindeutig: „Privatisiert die Sozialleistungen und die Arbeitsvermittlung, und die Arbeitslosenzahlen werden reduziert ...“

Auf einem Kongreß mit einer solch empfindlichen Thematik sollte man eigentlich unterschiedliche Meinungen erwarten. Nichts davon. Turner und seine beiden Sekundanten boten eine Vorstellung, die eher einer Pressekonferenz gleich. Die meisten Fragen befanden sich auf der Linie des Kongresses: Garantie der sozialen Sicherheit und das Recht auf ehrliche, vollwertige Stellen sollen nicht länger vom Staat garantiert, sondern von Privatunternehmern ausgeführt werden.

Rik Kuete, Journalist des Wochenblattes „Elsevier“, stellte das Patentrezept in Frage: „Was wird aus den Menschen, die diese Arbeit angenommen haben? Wer stellt fest, was sie in ein, zwei oder drei Jahren machen?“ Kuete gab die Antwort selbst: „Die US-Regierung untersucht das nicht.“ Der Versuch eines demokratischen Abgeordneten aus Minnesota, einen Beurteilungsmechanismus in das Bundesgesetz einzubauen, wurde im Senat abgeschossen.

Die Universität von Wisconsin hat das Problem jedoch untersucht. Es erwies sich, daß von denjenigen, die über „Wisconsin Works“ Arbeit bekommen hatten, nur einer von sechs nach drei Monaten ein Einkommen über dem Existenzminimums erhielt.

Nach einem Jahr war es sogar nur noch einer von zwölf. Ferner waren drei Viertel der betroffenen Alleinerziehenden innerhalb von neun Monaten wieder arbeitslos. Sie kehrten zurück ins dumpfe Elend der Arbeitslosigkeit und in die Abhängigkeit des neuen Sozialhilfegesetzes, das die Sozialhilfe auf einen Zeitraum von zwei Jahren nacheinander und von fünf Jahren überhaupt begrenzt.

Natürlich ging es dem Institut Nijenrode nicht um eine offene Debatte über das Wisconsin-Modell, schließlich ist die Wirtschaft der Nutznießer einer Privatisierung des Sozialsystems. Diese ist ein völlig neuer Markt für die Manager und Wirtschaftsführer, der das Tor zu einem Überangebot billiger Arbeitskräfte aufstößt.

Auf die Frage, ob er sich in den Niederlanden eine Chance für die kurzfristige Einführung von Sozialhilfekräften sieht, antwortete Jason Turner, daß die politische Lage dafür in den Niederlanden noch nicht reif sei.

Erste „Verbesserungen“ bietet aber schon der Problembezirk im Amsterdamer Südosten mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit und einer großen Anzahl von Einwanderern. In einem ersten Probelauf sollen tausend Langzeitarbeitslose nach amerikanischem Vorbild über die „Workforce“-GmbH Arbeit erhalten. Der Magistrat für Soziales hat das Projekt, ohne es dem Stadtrat vorzulegen, bezuschußt. Das Experiment Arbeitsdienst im Polderland kann also loslegen.

aus: CL-Netz



BRASILIEN: PROTESTE GEGEN SPARHAUSHALT. Gegen den gerade erst neu gewählten brasilianischen Präsidenten Cardoso und sein rigides Haushaltspogramm mehrten sich die Proteste. Das Sparprogramm sieht die Kürzung des Etats um rund 12 Mrd. DM im nächsten Jahr vor. Die Einschnitte sollen insbesondere im sozialen und gesundheitlichen Bereich erfolgen. Nur wenn Cardoso dieses Programm durchzieht, will der IWF ihm einen Kredit von 30 Mrd. Dollar gewähren. Auf dem Foto demonstrieren Medizinstudenten gegen Einschnitte im Gesundheitswesen. (Foto: junge welt)

Kosovo: Die USA schicken Söldnertruppen

Nach einem Bericht der britischen Zeitung „Guardian“ hat die US-Regierung für ihr OSZE-Kontingent Söldner angeheuert. Da die insgesamt 2000 OSZE-Gesandten unbewaffnet seien, sei es der US-Regierung sicherer erschienen, den Auftrag an ein Privatunternehmen zu vergeben.

Die Firma DynCorp bekam den Zuschlag und stellt 150 Berater, die die USA der OSZE zugesagt haben. Nach Angaben des Operationsleiters von DynCorp, Wickham, hat seine Firma drei Jahre lang in Bosnien-Herzegowina ehemalige Offiziere der US-Armee und der Polizei für die internationale Polizeitruppe zur Verfügung gestellt.

Laut *Guardian* hat sich DynCorp mit ihrem Angebot für den Kosovoeinsatz gegen die konkurrierende US-Firma Military Professional Resources Incorporated (MPRI) durchgesetzt.

Deren ehemalige CIA-Mitarbeiter und US-Generäle hatten 1995 der kroatischen Armee bei der Vertreibung von 300 000 Serben aus der Krajina geholfen.

Rußland: Bombenanschlag auf die Statue Nikolaus' II

Der IWF setzt die neue russische Regierung in Moskau weiterhin unter Druck. Weil ein vom IWF gefordertes Krisenpaket noch nicht auf dem Tisch liegt, wird die Auszahlung von bereits zugesagten neuen IWF-Krediten in Höhe von 4,3 Milliarden Dollar (das sind umgerechnet un-

gefähr 7,1 Milliarden DM) vorerst gestoppt.

Unterdessen hat die russische Staatsbank vorgeschlagen, ausländische Investoren zur Umschuldung kurzfristig eingefrorener Staatsanleihen heranzuziehen. Der Anteil von ausländischem Kapital an russischen Banken sei mit etwa 4 Prozent sehr gering. Die Staatsbank sieht wohl, daß es problematisch sei, ausländische Banken für die Sanierung der eigenen Geldinstitute heranzuziehen, aber einen Ausverkauf der finanziellen Unabhängigkeit sieht die Staatsbank dennoch nicht.

Während so um nicht vorhandenes Geld geschachert wird, schlagen anderer wirkungsvollere Wege ein. Eine drei Meter hohe Statue des letzten russischen Zaren Nikolaus II bei Moskau ist jetzt durch einen Bombenanschlag zerstört worden. Im April war eine elf Meter hohe Statue des letzten Zaren bei Moskau durch eine Bombe gesprengt worden. Damals hatte sich die Gruppe „Rote Armee der Arbeiter und Bauern“ zu dem Anschlag bekannt.

Lateinamerika: Gewalt gegen GewerkschafterInnen

(San José, 20. Oktober 1998, pulsar-Pool).- Im vergangenen Jahr starben in Lateinamerika etwa 300 GewerkschafterInnen durch Mord. Fast 2500 wurden von staatlichen Behörden verhaftet. Diese Zahlen gab die Internationale Arbeitsorganisation bekannt.

Verhaftete und Ermordete gehörten fast ausnahmslos in die Reihen derjeni-

gen, die besonders aktiv die gewerkschaftlichen Rechte verteidigten.

Einschüchterungen, Drohungen und direkte Gewalt trafen diejenigen, die in ihren Forderungen nicht nachgaben. Das Ausmaß der Attacken gegen die GewerkschafterInnen erinnert an die 70er Jahren, als in den meisten Ländern des Subkontinents Militärdiktaturen mit Härte gegen jede oppositionelle Regung vorgingen.

In den 90er Jahren wird jedoch immer wieder auf die demokratische Entwicklung in den lateinamerikanischen Ländern verwiesen.

Kolumbien ist das Land, in dem die meisten Anschläge auf das Leben von GewerkschafterInnen stattfinden. Als Verantwortliche wurden fast immer die Militärs, Geheimdienste und rechte Paramilitärs ausgemacht.

Eine andere Form der Repression, die zwar nicht das Leben kosten, aber die gewerkschaftliche Arbeit immer wieder unterbindet, sind die Entlassungen. Um die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern oder zu unterdrücken, entließen Unternehmen in Lateinamerika 1997 schätzungsweise 50 000 ArbeiterInnen. Am häufigsten fand diese Methode Anwendung in Kolumbien, Peru, Brasilien, Mexiko und Costa Rica.

Mumia Abu-Jamal darf nicht hingerichtet werden

Der stellvertretende Vorsitzende und außenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrke, erklärte:

Nachdem das Oberste Gericht von Pennsylvania den Berufungsantrag von Mumia Abu-Jamal gegen das gegen ihn verhängte Todesurteil abgelehnt hat, droht jetzt erneut die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls durch den Gouverneur von Pennsylvania.

Abu-Jamals Verteidiger haben angekündigt, Berufung beim zuständigen Bundesgericht einzulegen.

Ich appelliere an Außenminister Joschka Fischer, sich bei seinem Besuch in Washington dafür einzusetzen, daß die Menschenrechte von Mumia Abu-Jamal respektiert werden und er ein faires Beurungsverfahren erhält.

Die Umstände der Ermordung des Polizisten David Faulkner im Dezember 1981, die Abu-Jamal zur Last gelegt werden und dererwegen er vor sechzehn Jahren zum Tode verurteilt wurde, sind nie vollständig aufgeklärt worden. Mehrere Beweismittel und Zeugen, die die Schuld Abu-Jamals bestreiten, sind bei den Verfahren in Pennsylvania, dessen Gerichte durch ihre hohe Zahl an Todesurteilen gegen schwarze Beschuldigte sich immer noch als Hort des Rassismus ausweisen, unterdrückt und übergegangen worden.

(Zusammenstellung: hav)

KÖLN. In vielen Städten finden zur Zeit Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht statt. Unser Bild zeigt das Konzert Kölner Künstler, das in Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde vor der Synagoge Roonstraße am 8.11.

stattfand. 3000 Besucher kamen zur Veranstaltung im strömenden Regen. Jan Jülich, früherer Edelweißpirat, klagte die neue Bundesregierung an, sie müssen endlich etwas für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter tun.



Netzwerk gegen Rechtsextremismus – drei Arbeitsgruppen –

EBERSWALDE. Am 20. Oktober trafen sich zum vierten Mal rund 30 Interessierte aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der Stadt, um Ziele ihrer Arbeit zu diskutieren. In PB Nr. 19 hatten wir bereits ausführlich über das im Juli gegründete Bündnis berichtet. Mittlerweile wird die Arbeit des Netzwerkes „für ein tolerantes Eberswalde“ in drei Arbeitsgruppen fortgesetzt, die sich Anfang November zu ihren ersten Beratungen trafen. Ihre Aufgabenfelder lauten: „Zivilcourage“, „Gewalt an Bildungseinrichtungen“ und „Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut“ (Kontakt über die Ausländerbeauftragte des Kreises möglich).

nach *Barnimer Bürgerpost* 11/98

Aktion von Robin Wood: „Wer wird denn gleich in die Luft gehen?“

BERLIN. Parallel zum Klimagipfel in Buenos Aires hat Robin Wood am 6. November mit Aktionen an Flughäfen und in Innenstädten auf Umweltschäden durch den wachsenden Flugverkehr aufmerksam gemacht.

In Berlin, Bremen, München und Hannover trugen schwarzgekleidete AktivistInnen den PassagierInnen ihr „ökologisches Gepäck“ in großen Rucksäcken und Koffern hinterher und informierten sie, wieviel Kohlendioxid pro Person die Maschine für ihren Flug ausstößt. In Köln verwandelten sie den Namensschriftzug am Gebäude des Konrad Adenauer-Flughafens in den Slogan „Klima ade“. Ihre Kritik: Bereits heute verursachen Flugzeuge zwölf Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes des europäischen Verkehrs und tragen damit erheblich zum Treibhauseffekt bei. Bislang bezahlt die gewerbliche Luftfahrt keinen Pfennig Steuern auf das getankte Kerosin. Außerdem sind Flugtickets für Auslandsreisen – im Gegensatz zu Bahnfahrkarten – von der Mehrwertsteuer befreit. Flughäfen zahlen kei-

ne Grund- und Vermögenssteuer. „Durch die künstlich niedrig gehaltenen Preise wird man geradezu zum Fliegen verführt“, kritisiert Werner Behrendt von Robin Wood. „Es kann doch nicht angehen, daß eine Zugfahrt von Hamburg nach München teurer ist als ein Billigflug. Hier muß dringend umgesteuert werden: Die Steuermilliarden, die dem Staat bislang entgehen, sollten in Klimaschutzmaßnahmen wie die Wärmedämmung von Altbauten investiert werden.“ Zu dem europaweit laufenden Aktions- tag hatte die Kampagne für gerechte Flugverkehrs-Preise („Right Price for Air Travel“) aufgerufen, die von Umweltverbänden und Initiativen aus zwanzig Ländern Europas getragen wird.

Aus: PE Robin Wood, 6. November 98

Sammelklage gegen Polizeipräsidenten

WUPPERTAL. Die Antifaschistische Initiative Wuppertal bereitet eine Sammelklage gegen den Polizeipräsidenten von Bonn als Einsatzleiter und Verantwortlichen des Polizeieinsatzes am 24.10.98 wegen schwerer Körperverletzung im Amt, Nötigung und hundertfacher Freiheitsberaubung im Bonner Kessel bei der zuständigen Staatsanwaltschaft vor.

Antifaschistische Initiative Wuppertal

Verfolgtenverbände beschlossen Kampagne für Gerechtigkeit für Zwangsarbeiter

HANNOVER. Auf Initiative von Alfred Hausser, dem Ehrenvorsitzenden der VVN-Bund der Antifaschisten und Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, haben sich in Köln die Verfolgtenorganisationen und antinazistischen Interessenvertretungen nahezu aller politischen und religiösen Spektren getroffen, um über die Durchführung einer Kampagne „Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit“ zu beraten. Nach dem Gespräch des neuen Bundes-

kanzlers mit den Spitzen der Wirtschaft sei nun eine Gespräch auf höchster Ebene mit den Opferverbänden notwendig, wurde betont.

Ulrich Sander

Asyl ist Menschenrecht: Protestkundgebung und Mahnwache am 19.11. in Bonn

BONN. Am 19. und 20. 11. tagt in Bonn die Innenministerkonferenz der Länder. In diesen Konferenzen wurden in den letzten Jahren die politischen Entscheidungen über die rigorose Abschiebepraxis – selbst in Kriegs- und Krisengebiete –, die Ausgrenzung und zum Teil gänzliche Ausschließung der Asylsuchenden aus dem Sozialhilfesystem und die Verwandlung der europäischen Außengrenzen in militarisierte und todbringende Grenzstreifen vorbereitet und gefällt. Alles deutet darauf hin, daß unter der neuen Regierung mit Innenminister Otto Schily alles beim Alten bleibt.

Deshalb muß außerparlamentarischer Druck das Menschenrecht auf Asyl unter der neuen Regierung erst recht unablässig einklagen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft zum Protest für ein unverkürztes Asylrecht auf. 19. November, 10-12 Uhr in Bonn, vor dem Haus der Geschichte, Adenauerallee/Ecke Rheinweg.

Pressemitteilung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Gemeinsam für ein anderes Europa Vorbereitung des EU-Gipfels 1999

KÖLN. Rund 120 Menschen aus verschiedenen Ländern Europas, darunter VertreterInnen aus den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und natürlich der Bundesrepublik, trafen sich am vergangenen Wochenende in den Räumen der Kölner Sporthochschule, um ihre Vorbereitungen auf das Gipfeltreffen der Regierungschefs der Europäischen Union im Juni 1999 in Köln zu diskutieren. Sie vertraten unterschiedlichen Basisorganisationen und Initiativen: Die französische Arbeitslosenbewegung AC, die Erfurter Erklärung (die auch nach der Bildung einer Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen aktiv bleiben will), Globals People Action, den Freien Zusammenschluß von Studierendenvertretungen und viele mehr.

Im Vorfeld des im Juni 1999 stattfindenden EU-Gipfeltreffens in Köln werden wieder Euromärsche stattfinden, die in einer Großdemonstration am 5. Juni gipfeln werden. Zu dieser Demonstration werden mehrere zehntausend TeilnehmerInnen aus ganz Europa erwartet, die deutlich machen wollen, daß es neben dem Europa der Konzerne und ihrer politischen Verwalter auch ein Europa von unten, ein Europa der arbeitenden und arbeitslos gemachten Menschen, der Obdachlosen und der MigrantInnen gibt, das seine Forderungen unüberhörbar anmeldet.

tri

NPD Fackelzug in Bruchsal fällt ins Wasser.

500 Menschen demonstrieren gegen Neonazis

BRUCHSAL. Etwa 500 Menschen sind am Samstag dem 7.11. in Bruchsal auf die Straße gegangen, um gegen den von der NPD angemeldeten Fackelzug zu demonstrieren.

Bis zum Nachmittag war ungewiß, ob der von der Stadt verbotene braune Aufmarsch nicht doch vom Karlsruher Verwaltungsgericht genehmigt würde, denn die Neonazis hatten Rechtsmittel eingelegt. Dann wurde bekannt, daß der Widerspruch aus formalen Gründen abgelehnt wurde. An diesem Nachmittag ließen sich keine Neonazis in Bruchsal sehen. Lediglich gegen sieben Rechtsradikale, die mit dem Auto angereist kamen, wurden Platzverweise ausgesprochen.

Die zwei geplanten antifaschistischen Demonstrationen fanden dennoch statt. Am frühen Nachmittag hatte das „Bündnis gegen Rechts“ etwa 200 Menschen auf die Beine gebracht. Gestartet wurde am Platz der ehemaligen jüdischen Synagoge. Die Abschlußkundgebung fand vor dem Rathaus statt. Die DGB-Kreisvorsitzende Mittelbadens, Sabine Leidig, forderte Courage und persönlichen Ein-

satz gegen rechtsradikale Bestrebungen. Die NPD sei keine Partei, der man die Straße überlassen dürfe, sagte SPD-MdB Jörg Tauss. Bruchsals IG-Metall-Vorsitzender Uwe Bordanowicz kritisierte eine Stimmung der Toleranz und des Wegsehens. „Bruchsal darf nicht das süddeutsche Aufmarschgebiet der Neonazis sein“, forderte er.

Die Redebeiträge wurden umrahmt von Gedichtvorträgen der Badischen Landesbühne und Liedern des Mannheimer Sängers „Schlauch“.

Waren bereits hier recht wenige Bruchsaler BürgerInnen zu sehen, galt dies für die nachfolgende Antifa-Demonstration erst recht. „Nazis morden, der Staat schiebt ab. Es ist das gleiche Rassistenpack“, skandierten zwei Stunden später ca. 300 TeilnehmerInnen einer zweiten Demo, die von verschiedenen Antifagruppen und der örtlichen PDS organisiert wurde. In Redebeiträgen wurde immer wieder der rassistische Konsen der Mitte kritisiert. „Wer die NPD in seiner Stadt demonstrieren läßt, dessen Trauer über die Nazi-Opfer ist absolut

unglaublich“, sagte Heinz-Peter Schwertges von der örtlichen PDS an die Adresse von Bruchsals OB Bernd Doll (CDU), der am nächsten Tag Kränze für die Opfer der reichsprogrammacht niedergelegen wollte.

Das aktuelle Verbot erfolgte nur aufgrund erheblichen öffentlichen Drucks. Da es mit der Nähe zum 9. November begründet wurde, befürchten viele, daß die NPD zu einem späteren Zeitpunkt, unter Beachtung der formalen Auflagen, grünes Licht bekommen könnte. Angesichts sehr schwacher antifaschistischer Kräfte vor Ort und zahlreicher brauner Neuster in der konservativ gestrickten Region bedarf es erheblicher überregionaler Unterstützung, um den Neonazis dauerhaft Paroli zu bieten. Zur antifaschistischen Mobilisierung findet daher auch am 17.11. 1998 in Bruchsal in Gasthaus Graf Kuno eine Veranstaltung mit der Journalistin Franziska Hundsdeder statt. Thema: Über die Strategien und Strukturen in der Neo-Nazi-Szene. Beginn 20 Uhr.

hox

Antifaschistischen Aktionsbündnisses in Augsburg

Große Demonstration gegen NPD-Zentrum

AUGSBURG. Etwa 600 AntifaschistInnen demonstrierten am 31. Oktober gegen die geplante Eröffnung eines Nazi-Zentrums in der Reese-Kaserne in Augsburg. Der Fascho-Laden wurde nicht eröffnet – vorerst. Die wenigen trotz der Demonstration erschienene NPDler konnten sich nur hinter einem dichten Polizeikordon und fest versperrten Einfahrtstoren der Kaserne einigermaßen sicher fühlen.

In den eineinhalb Wochen, die zwischen dem ersten Erscheinen der Nazi-Flugblätter in Augsburg und der geplanten Eröffnung lagen, haben die Antifaschisten zu umfangreicher Mobilisierung genutzt. Im süddeutschen Raum wurden die Gruppen der Antifaschistischen Aktion zur Teilnahme an der Gegendemonstration aufgerufen. In Augsburg haben die im Antifaschistischen Aktionsbündnis (AABA) zusammengeschlossenen Gruppen sehr breit plakatiert und etliche tausend Flugblätter verteilt. Zum Schluß haben insgesamt über dreißig Organisationen zu der Demonstration am 31. Oktober aufgerufen.

Nur der großen Mobilisierung dürfte es auch zu verdanken sein, daß – bis auf die Augsburger Allgemeine – das Medienecho größer war als sonst üblich.

Viele Gruppen und Einzelpersonen

haben während der letzten Woche Druck auf den Vermieter der Räume in der Reese-Kaserne, das Bundesvermögensamt, mit Briefen und Anrufen gemacht. Dieses hatte auch bald eine Kündigung des Mietverhältnisses mit der NPDlerin Sabine Spermann ausgesprochen. Politiker wurden angesprochen, daß sie tätig werden sollten. Die Nazi-Frau rief daraufhin das Amtsgericht Augsburg an.

Das hat für die nächsten zwei Monate den Ladenbetrieb verboten, hat nur die Lagerung von Kleidung und Accessoires und den Aufenthalt von drei namentlich bekannten Personen in den Räumen gestattet. FaschistInnen, die nach Abschluß der Demo in die Kaserne fahren wollten, wurde von abrückenden AntifaschistInnen angegriffen. Das wiederum hatte ein Eingreifen der Polizei zur Folge.

Wichtige Aufgabe der Augsburger AntifaschistInnen wird es nun sein, den öffentlichen Druck auf das Bundesvermögensamt, die Politiker und auch gegenüber den Medien weiter aufrecht zu er-



halten. Und man wird die Beobachtung der faschistischen Szene weiterführen müssen, da es leicht möglich ist, daß sich Spermann & Co. demnächst an anderer Stelle mit anderem Vorzeichen als Mieter betätigen wollen. Das nächste öffentliche Treffen des AABA wird am 10. November um 20 Uhr in der DGB-Gaststätte sein.

jol

Allbau AG soll im „Konzern Stadt“ verkauft werden – Mieterinitiative fordert Beirat

ESSEN. Nur mit den Stimmen der SPD beschloß der Rat der Stadt Essen am 28.10.1998 den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau AG an eine noch zu gründende Tochtergesellschaft der Essener Versorgungs- und Verkehrsgeellschaft (EVV) und die Sparkasse. Begleitet von lautstarken Protesten der Mieter/innen-Initiative gegen den Allbau-Verkauf stimmten B. 90/Die Grünen und die CDU dagegen – allerdings aus ganz unterschiedlichen Gründen. Die Grünen teilen die Kritik der Mieter/innen-Initiative, die auch bei einem Verkauf innerhalb des „Konzerns Stadt“ erhebliche Verschlechterungen für die Allbau-Mieter befürchtet. Die CDU ist nach wie vor für die ursprünglich auch von der SPD favorisierte Absicht, die Allbau AG an eine private Wohnungsbaugesellschaft zu verkaufen.

Erst am Morgen der Ratssitzung lehnte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine einstweilige Verfügung ab, mit der die Allbau-Initiative den Verkauf verhindern wollte, bis eine endgültige gerichtliche Entscheidung über die Zulassung ihres Bürgerbegehrens vorliegt. Über 54 000 Unterschriften hat die Initiative in den letzten Monaten für das Bürgerbegehren gesammelt. Nicht nur sie ging davon aus, daß das reicht, um ein Bürgerbegehren zu erzwingen. Nach Zählung der Verwaltung fehlten jedoch 39 Unter-

schriften am Quorum von 10% der Wahlberechtigten, was in Essen 46 778 Unterstützern entspricht. Die Verwaltung sieht „nur“ 46 739 Unterschriften als gültig an und strich 7413. Dagegen richtet sich die Klage der Mieter/innen-Initiative.

Auch wenn der Eilantrag gescheitert ist, steht in der Hauptsache eine Entscheidung noch aus. Dabei geht es z.B. darum, daß am Ende des Prüfverfahrens neben 2030 Unterschriften von Nicht-Wahlberechtigten und 2 839 doppelten oder mehrfachen Unterschriften immer noch 2 544 Unterschriften „fehlerhaft oder nicht zweifelsfrei erkennbar“ sein sollen. Dazu gehören etliche Unterschriften, bei denen die angegebene Adresse nicht mit der in der Unterschriftenliste übereinstimmt, weil z.B. ein Umzug noch nicht gemeldet wurde. Auch das Verfahren selbst gibt Grund zur Beanstandung. So lehnte die Verwaltung eine von der Mieter/innen-Initiative im Juni beantragte Zwischenprüfung der Unterschriften aus reinen Kostengründen ab.

Der Ratsmehrheit hätte den rechtlichen Auseinandersetzungen durch eine Anerkennung des Bürgerbegehrens aus dem Wege gehen können. Daß sie das nicht getan hat, macht deutlich, wie unerwünscht das Bürgerbegehren war und ist. Das Wort von der „Arroganz der Macht“ ist in vieler Munde. Durch den Ratsbeschuß für einen Verkauf wollen

SPD und Verwaltungsspitze weitere Fakten schaffen. Da sich eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts in der Hauptsache über Jahre hinziehen kann, kann ein Verkauf wahrscheinlich nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Dabei hat der Widerstand der Initiative durchaus etwas bewirkt. Die Allbau AG wird zumindest derzeit nicht privatisiert. Auch ein Verkauf an die Stadtwerke AG, die selbst zu insgesamt 49% an den RWE-Konzern und an Ruhrgas verkauft werden sollen, ist vom Tisch. Der Deal innerhalb der stadtigenen Gesellschaften ist für die Ratsmehrheit denn auch nicht mehr und nicht weniger als eine „kreditfinanzierte Möglichkeit, um den Haushalt zu konsolidieren“ – ein Weg, zusätzliche Kredite zu mobilisieren. Über Bedenken, daß der Allbau-Verkauf in dieser Form ein nach der Gemeindeordnung NRW unzulässiges, kreditähnliches Geschäft sein könnte, setzten sich SPD und Verwaltungsspitze hinweg.

Dennoch kritisiert die Allbau-Mieter/innen-Initiative den Verkauf. Die Entfernung der Allbau AG von den politischen Entscheidungsträgern innerhalb des Geflechts städtischer Gesellschaften wird größer.

Und ebenso, wie die Ratsfraktion von B. 90/Die Grünen, sieht die Initiative den Deal als möglichen *Einstieg* in eine „richtige“ Privatisierung. Um die Kredite für

Aktion Stromwechsel der Greenpeace Gruppen in Augsburg und anderswo!

Abnehmer für Solarstrom gesucht

AUGSBURG. Die Greenpeace Gruppe Augsburg sucht im Rahmen der „Aktion Stromwechsel“ Stromkunden, die Wert auf sauberen Strom legen und deshalb ihren Stromversorger wechseln wollen.

Jede Kilowattstunde (kWh) verursacht im Schnitt 690 g des Treibhausgases CO₂. Pro Jahr fallen in deutschen Atomkraftwerken 450 Tonnen hochradioaktiver Müll an. Greenpeace will mit den Stromkunden eine saubere Stromversorgung durchsetzen. Der Verbraucher im Umweltkompetenzzentrum Augsburg soll sauberen, ökologisch erzeugten Strom rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr beziehen können.

Bislang weigern sich die Stadtwerke Augsburg und die Lechlektrizitätswerke (LEW), solar erzeugten Strom von privaten Anbietern gegen eine kostengerechte Vergütung in ihr Netz einzuspeisen. In Bayern wird dies von mehr als 20

Kommunen, darunter München und Nürnberg, bereits praktiziert. Im Versorgungsgebiet der LEW ist eine kostendeckende Vergütung, und damit ein wichtiges Instrument zur breiten Markteinführung der Photovoltaik, nicht vorgesehen. Ein guter Grund zu wechseln.

Mit der „Aktion Stromwechsel“ sollen die Chancen genutzt werden, die sich aus dem neuen Energiewirtschaftsgesetz ergeben, das seit dem 29.4.1998 in Kraft ist. Nun kann jeder seinen Stromversorger frei wählen. Über die Wahl des Versorgers kann jeder Stromkunde Einfluß auf die Art der Stromerzeugung nehmen. Die Greenpeace Gruppe Augsburg ruft die Verbraucher deshalb zum aktiven Mitmachen auf. Sie sollen ihre Bereitschaft erklären, nur noch sauberen Strom zu beziehen zu wollen und ihren Wechsel zu einem sauberen Stromversorger ankündigen. Mit den Stimmen der Mitmacher soll auf Politik und Energieversorger Druck

ausgeübt werden, um den entscheidenden Punkt, an dem der freie Wettbewerb derzeit noch scheitert, zu knicken: die Benutzung der Stromnetze so zu regeln, daß der saubere Strombezug technisch einfach, kostengerecht und diskriminierungsfrei möglich wird.

Hat die „Aktion Stromwechsel“ Erfolg und die ungerechtfertigt hohen Netzgebühren für sauberen Strom werden auf einen realistischen Betrag reduziert, so können Stromkunden in Augsburg ihren Vertrag mit den Stadtwerken oder den LEW kündigen und ihren Strom von einem Anbieter beziehen, der Stromgewinnung aus erneuerbaren Quellen fördert.

Für Greenpeace zeichnet sich sauberer Strom durch zwei Kriterien aus: Er ist klimafreundlich, d.h. er reduziert gegenüber dem heutigen Strommix in Deutschland die klimaverstörenden CO₂-Emissionen um zwei Drittel. Und er ist frei von Atomstrom. Ein Strommix aus 50% re-

ihren Anteil am Kaufpreis des Allbau von rund 618 Mio. DM abzuzahlen, soll die neue Holding nämlich jährlich bis zu 400 Allbau-Wohnungen verkaufen – auch, aber nicht nur an Mieter. Zudem sollen die Mittel für Instandsetzung abgesenkt werden. Wenn man bedenkt, daß 80,8% der Allbau-Wohnungen vor 1969 gebaut wurden, weiß man, daß dies in kurzer Zeit zur Verrottung vieler Allbau-Wohnungen führen kann. Auch wenn es zunächst bei der schon vor einigen Monaten beschlossenen moderaten Erhöhung der Mieten (sie liegen im Durchschnitt bei 7,50 DM/qm) bleibt: In einigen Jahren wird eine solche Entwicklung auch hier Folgen haben.

Nicht nur aus solchen Gründen macht die Initiative weiter. Gewisse Zugriffsmöglichkeiten auf die Geschäftspolitik des Allbau bleiben dem Stadtrat erhalten. Die sollen jetzt dazu genutzt werden, einen Mieterbeirat einzurichten. Die Initiative hat dazu bereits ein Konzept vorgelegt. Dieses Konzept will die SPD zwar so nicht verwirklichen. Mit ihren Stimmen hat der Rat den Allbau-Vorstand jedoch beauftragt, schnellstens ein eigenes Konzept für einen Mieterbeirat zu erarbeiten. Die Initiative will sich ihr Konzept, das eine weitreichende Mieterbeteiligung vorsieht, nicht kampflos aus der Hand nehmen lassen.

Darüber hinaus will die Initiative mit B. 90/Die Grünen, DKP und PDS – den Parteien, die sie unterstützt haben – über Möglichkeiten zu sprechen, bei den Kommunalwahlen im September 1999 Einfluß zu nehmen. Wie und in welcher Form, ist offen.

syb, wof

generativer Erzeugung (Wind, Biomasse, Wasser, Sonne) und 50% effizienter Erzeugung in Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen, die mit Erdgas betrieben werden, erfüllen diese Kriterien.

Zur Zeit ist es trotz des neuen Energiewirtschaftsgesetzes schwer, sauberen Strom zu beziehen, da seine Durchleitung durch die Stromnetze ungerechtfertigt teuer ist. Unter der alten Bundesregierung wurde es stets unterlassen, die Durchleitung zu regeln. Die freiwillige Vereinbarung der großen Interessensverbände (die ehemaligen Monopolisten) ist nicht zur Versorgung von Tarif- und Gewerbeleuten geeignet. Greenpeace fordert hier eine einfache, entfernungsunabhängige, preisgünstige und faire Regelung für die Durchleitung des sauberen Stroms.

Weitere Informationen bei der Greenpeace Gruppe Augsburg oder unter der Servicenummer 040-30618-120.

Georg Muschik,
Greenpeace Gruppe Augsburg

Keine Auslieferung des Zerstörers an die Türkei!

Gegen Rüstungsexporte

HAMBURG. Vermutlich im Dezember diesen Jahres soll die bei Blohm & Voss gebaute Fregatte „Salihreis“ an die Türkei ausgeliefert werden. Gegen diesen Waffenexport an ein Land, das Krieg gegen einen Teil seiner Bevölkerung führt und auch vor Militäraktionen in Nachbarländern (etwa in Zypern oder im Irak) nicht zurückschrekt, regt sich erneut Widerstand in Hamburg. Auf einem Treffen, zu dem das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung eingeladen hatte, diskutierten etwa 20 Menschen, wie wir unseren Protest öffentlich machen könnten. Die möglicherweise bei einigen vorhandenen Illusionen über eine neue Außenpolitik der neuen Regierung (im Koalitionsvertrag steht vage was von einer restriktiveren Handhabung von Rüstungsexporten) werden hier einem ersten Realitätstest unterzogen werden. Zumindest war die Erwartung, dass bei der Auslieferung der Fregatte einer Aktion der Friedensbewegung ein größeres öffentliches Echo beschieden sein könnte, als es in letzter Zeit meist der Fall gewesen ist.

So wurde ein Aufruf entworfen (Unterstützerunterschriften an: Tel+Fax: 040-5 51 38 91), unter den nun Unterstützer gesammelt werden sollen. Auch eine (bundesweite) Unterschriftenliste unter die Hauptforderungen des Aufrufs ist im Gespräch und soll auf dem nächsten Treffen vorbereitet werden. Auf jeden Fall soll es am Tag der Übergabe (vermutlich der 17.12.) eine Demonstration am Hafen und bei Blohm + Voss geben.

Markus Gunkel

Aus dem Aufruf zur Demonstration am Tag X

Für den 17. Dezember 1998 plant der Hersteller, die Thyssen-Tochter Blohm + Voss (B+V), die seit März 95 in Bau befindliche Fregatte „Salihreis“ offiziell an die Türkei zu übergeben. Dieses mindestens 420 Millionen DM teure Schiff, ein 32 Knoten schneller Lenkwaffenzerstörer zur Über- und Unterwasserseekriegsführung und zur Flugabwehr, ist das vorerst letzte von bisher acht Zerstörern, die von B+V konzipiert, je zur Hälfte in Deutschland und der Türkei gebaut werden. Bis zu 14 weitere sollen im Rahmen eines türkischen 150 Mrd. Dollar Aufrüstungsprogramms noch folgen.

Die Türkei plant, diese „modernste



Fregatte eines NATO-Mitglieds“ (*Die Welt*, 29.10.98) als Flaggschiff der türkischen Marine einzusetzen. Wenn die neue rot-grüne Bundesregierung die Auslieferung dieses Kriegsschiffes nicht stoppt, dann unterstützt sie damit ein Regime, das fortgesetzt schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begeht, die Pressefreiheit mißachtet, JournalistInnen festnimmt, foltert, verschleppt, ermordet und einsperrt ...

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht einen restriktiven Umgang mit Rüstungsexporten vor. Ausdrücklich wird das Kriterium „Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer“ bei Rüstungsexporten eingeführt. Deshalb fordern wir von der neuen Bundesregierung: • Beenden Sie endlich die Kumpanei mit der türkischen Droh- und Kriegspolitik! • Abschiebestopp in die Türkei! • Auslieferungsstopp der Fregatte „Salihreis“ bis die türkische Regierung die Bedingungen eines völkerrechtlichen Zusammenlebens erfüllt! ...

Wir unterstützen die Arbeit von Friedensbewegten der IG Metall, die sich angesichts der Herstellung von Rüstungsgütern bei B+V (aktuell: Fregatte „Sachsen“, die Wannen der Panzerhaubitzen 2000, Planung für Korvetten für die Bundeswehr und weitere Exporte) für die Abkehr von dieser ethisch höchst zweifelhaften, wenig arbeitsplatzschaffenden und sehr schwankenden Produktion seit langem für die Konversion in zivile Produkte einsetzen.

Wir fordern vom Hamburger Senat: Nutzen Sie die Vereinbarung des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung, „Rüstungskonversion (...) auch als Element regionaler Strukturpolitik“ zu begreifen.

PDS-Vorsitzender Bisky kritisiert ND-Debatte: „Nicht in Ordnung“

Nach dem stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Wolfgang Gehrke hat auch der PDS-Parteivorsitzende Bisky die im „Neuen Deutschland“ vor den Bundestagswahlen geführte Debatte „Wie national muß die Linke sein?“ kritisiert, besonders die Beteiligung eines Neofaschisten.

Am 3.11. hat der Berliner *Tagesspiegel* ein Interview seines Redakteurs Frank Jansen mit dem PDS-Vorsitzenden veröffentlicht. Darin fragte dieser u.a.:

„Warum hat dann das „Neue Deutschland“ im Sommer eine Debatte zum Thema „Wie national muß die Linke sein“ losgetreten – und obendrein ausgewiesene Rechtsextremisten zu Wort kommen lassen?“

Bisky: „Ich bestimme nicht die Artikel des „Neuen Deutschland“. Die Zeitung steht uns nahe, aber nicht jeder Artikel ist von der PDS abgesegnet. Es stimmt allerdings: Die Debatte war nicht in Ordnung. Ich möchte nicht, daß rechts-extreme Auffassungen in PDS-nahen Blättern erscheinen.“

Putbus: Ein Alteigentümer scheitert

Die Erben des Fürsten Malte zu Putbus sind mit ihrer Klage auf Rückübertragung riesiger Ländereien auf der Insel Rügen nun auch vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Am 2. November ließ das Gericht verlauten, die Verfassungsbeschwerde der Erben gegen die Urteile, die die Rückgabe verweigert hatten, sei abgewiesen worden. Die Erben des Fürsten hatten auf der Insel insgesamt 15 000 Hektar Land und diverse Immobilien zurückverlangt. Im Mai hatte das Bundesverwaltungsgericht die Klage der Firma des Fürstensohns Franz zu Putbus abgewiesen, weil die Ländereien nicht – wie von den Klägern behauptet – in der Nazizeit enteignet worden seien, sondern im Zuge der demokratischen Bodenreform im Jahre 1945. *rül*

Quelle: Handelsblatt, 3.11.98, Az. 1 BvR 1168/98 und 1169/98

122 000 Stimmen gegen Transrapid

Die von der Berliner Volksinitiative gegen den Transrapid gesammelten Unterschriften sind jetzt amtlich ausgezählt. Wie ein Sprecher der Volksinitiative erklärte, habe die Auswertung aller 130 000 in Berlin eingereichten Unterschriften am Ende 122 000 gültige Unterschriften ergeben. Damit ist die für eine Volksinitiative erforderliche Zahl von 90 000 Unterschriften deutlich übertroffen worden. Nach der Berliner Landesverfassung muß sich nun innerhalb von 5 Monaten das Abgeordnetenhaus erneut mit dem Projekt befassen und ein Votum abgeben. Dabei sind auch Vertreter der Volksinitiative mit Rederecht zugelassen. *rül*

SPD-Bürgermeister von Eisenhüttenstadt verleumdet PDS

„PDS und Republikaner in einem Boot“? Zeitungsente!

Weil die SPD in Eisenhüttenstadt bei den Kommunalwahlen ihre Position nicht ausbauen konnte und bei der Wahl des Stadtverordnetenvorsitzenden der SPD-Kandidat neuerlich durchfiel, hat der SPD-Bürgermeister der Brandenburger Industriestadt eine Zeitungsente in die Welt gesetzt, die von der überregionalen Presse auch aufgegriffen wurde: „PDS und Republikaner“ würden in der Stadtverordnetenversammlung „in einem Boot“ agieren.

Der Berliner *Tagesspiegel* griff die Story des Bürgermeisters auf. „Ein früherer Parteisekretär“, habe sich „mit den Stimmen der Reps wählen“ lassen, der „alte SED-Genosse“ sei nur durch eine „Zahlgemeinschaft“ mit den Reps ins Amt gewählt worden, behauptete das Blatt. Auch ein Antrag der SPD, den Reps durch Änderung der Geschäftsordnung einen Sitz im Hauptausschuß der Stadtverord-

netenversammlung zu versperren, habe die PDS abgelehnt.

Der Betriebsratsvorsitzende von EKO Stahl wurde auch noch zitiert: „Wir sind stinksauer auf die PDS, die sich doch immer als antifaschistisch und demokratisch hinstellt“. Bürgermeister Werner sah gar die Eisenhüttenstädter „Plattform gegen rechts“ jetzt „auf der Kippe“: „Wir machen uns lächerlich, wenn wir zusammen mit der PDS zu Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß aufrufen“, behauptete er demagogisch.

Zwei Tage später mußte der *Tagesspiegel* in einem Interview mit dem PDS-Vorsitzenden Bisky einen Rückzieher machen. Unwidersprochen konnte Bisky klarstellen: „Es gibt in Eisenhüttenstadt keinerlei Zusammenarbeit mit den Republikanern“. Bei der Wahl zum Vorsitzenden des Stadtparlaments hat die PDS



Trotz strömenden Regens demonstrierten am 28. Oktober mehrere hundert Beschäftigte von Berliner Krankenhäusern gegen die drohende Schließung ihrer Einrichtungen und den damit verbundenen Abbau von bis zu 10 000 Arbeitsplätzen (Bild). Mit Fahrrädern fuhren sie von Krankenhaus Moabit zum Urbankrankenhaus. Zwei Tage zuvor hatten bereits mehr als tausend Beschäftigte am Krankenhaus Buch und am Urbankrankenhaus durch eine „aktive Mittagspause“ ihren Widerstand dokumentiert. Die Beschäftigten am Urbankrankenhaus gaben anschließend 50 000 gesammelte Unterschriften im Roten Rathaus ab. Ursache für den Protest ist ein von den Krankenkassen geordnetes Krankenhaus-Gutachten, mithilfe dessen rd. 1 Mrd. Mark Kosten an den Berliner Krankenhäusern eingespart werden soll. Inzwischen wird die Kritik an diesem Gutachten immer lauter: wissenschaftlich unseriös und politisch tendenziell, so die vielfach geäußerte Meinung. Auf Seiten des Senats hat die Beurteilung bzw. die Frage der Umsetzung dieses Gutachtens zur Entlassung des Staatssekretärs Orwat geführt. Eine offizielle Stellungnahme, schon zweimal angekündigt, liegt noch immer nicht vor, aber die zuständige Senatorin hat darauf hingewiesen, daß das Gutachten erst einmal keine Kosten senkt, sondern Mehrkosten schafft: 450 Mio. DM erwartet sie an Umbau- und Umstellungskosten, wenn nach dem Gutachten verfahren werde. *har*

ihren Kandidaten Rudi Schmidt vorgeschlagen, der seit zwei Jahren diesen Posten bekleidet, und der hat 23 Stimmen bekommen, acht mehr als der SPD-Kandidat. Da es eine geheime Wahl war, kann ich nicht sagen, ob die „Republikaner“ unseren Mann mitgewählt haben. Er wäre auf jeden Fall auch ohne sie gewählt worden.“

So ist es. Die PDS hat in der Stadtverordnetenversammlung 11 Sitze, die SPD 16, die CDU 8, das „Bürger für Fürstenberg“-Bündnis 3 Sitze und die Reps 2. Macht 40, plus dem auch stimmberechtigten Bürgermeister 41 Stimmberchtigte. Der SPD-Kandidat, der nach der Wende von der FDP zur SPD gefunden hatte, erhielt 16 von 17 möglichen SPD-Stimmen, wobei 1 SPD-Stadverordneter schon angedeutet hat, er habe ihn nicht gewählt – ergibt zwei Stimmen für den SPD-Kandidaten von Verordneten aus anderen Parteien. Der PDS-Kandidat erhielt 23 Stimmen, vermutlich von PDS, SPD-, „Abtrünnigen“, Bürgerbündnis und CDU. Macht zusammen 39 von 41 abgegebenen Stimmen. Es ist also auch möglich, daß die zwei Reps keinem der beiden Kandidaten ihre Stimme gaben.

Egal: Der Bürgermeister war wütend und setzte die Legende vom „rot-braunen“ Bündnis in Eisenhüttenstadt in die Welt – von der überregionalen Presse gerne aufgegriffen, gelten die Ostdeutschen doch ohnehin als „autoritär fixiert“ und tendenziell rechtslastig.

Die Vorsitzende der PDS-Fraktion in Eisenhüttenstadt, Dagmar Püchel, findet das alles nicht so lustig. In dem *Tagespiegel*-Bericht sei „fast nichts wahr“, schimpfte sie. Auch die Ablehnung des SPD-GO Antrags durch die PDS kann sie begründen. Ihre Fraktion wolle die Reps nicht mit GO-Tricks, sondern inhaltlich bekämpfen. Außerdem sei die SPD in Eisenhüttenstadt schon immer flott mit GO-Tricks gewesen. In der letzten Legislaturperiode habe die SPD der damals irgendwann auf zwei Mitglieder geschrumpften Fraktion der Grünen auf die gleiche Weise die Mitgliedschaft im Hauptausschuß versperrt.

Im Eisenhüttenstädter „Bündnis gegen rechts“, das der Bürgermeister und der IGM-Betriebsrat in Gefahr sahen, sei zudem von Krise keine Spur. Allerdings haben die dort mitwirkenden vielen PDS-Mitglieder, die Jusos und der Pfarrer in der letzten Zeit weder den Bürgermeister noch einen Vertreter der IG Metall zu Gesicht bekommen.

Vielleicht ändert sich das ja jetzt nach dem öffentlichen Krach. Der Redakteur des *Tagespiegels* jedenfalls hatte der PDS-Fraktionsvorsitzenden kürzlich nach einem langen Telefonat eine Richtigstellung zugesagt. Da habe er sich wohl von der SPD einwickeln lassen, meinte er am Telefon gegenüber der PDS-Vertreterin. Mal sehen, ob und wann die Klarstellung dann auch wirklich erscheint. (rül)

Quellen: *Tagesspiegel*, 1.11. und 3.11.98

LOCKMITTEL: Augsburg. Mit Hilfe der kirchlichen Kindergärten will die Diözese Augsburg wieder mehr Menschen in die Gottesdienste locken. Dazu hat es als erstes Bistum in Deutschland eine sogenannte Fachstelle für Kindergartenpastoral geschaffen. Für die Kirchen sei der Kindergarten eine Chance, „weil sich dort auch Menschen treffen, die sonst nicht in die Kirche kommen“, begründete der Leiter der Ehe- und Familienseelsorge der Diözese Augsburg, Pfarrer Franz Götz. Eine Religions- und Sozialpädagogin soll dabei Bindeglied zwischen Kindergärten und Pfarreien sein sowie Eltern und Kindern mit religiösen Fragen vertraut machen.

KITA-BEITRÄGE: Göttingen/Lüneburg. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg urteilte: Die Verpflegung in Kitas ist Teil der Betreuung und somit auch Teil der Betreuungskosten. Das heißt: Für Geringverdiener (Staffelstufe I), deren Betreuungskosten vom Jugendamt übernommen werden, muß die Übernahme der Verpflegungskosten neu geregelt werden. Die bisherige Regelung, 80 DM Verpflegungsgeld selbst zahlen zu müssen, ist unzulässig. Und dies gilt vier Jahre rückwirkend. Aus einer Anfrage der Linken Liste Göttingen an die Verwaltung der Stadt zu diesem Thema geht hervor: 600 Kinder sind derzeit von der rechtswidrigen Regelung betroffen. Über die in der Vergangenheit (seit 1994) Betroffenen machte die Stadt keine Angaben. Lediglich die Eltern der gegenwärtig betroffenen Kinder werden von der Stadt über die Unrechtmäßigkeit der bisherigen Regelung informiert. Alle Eltern, die in der Vergangenheit einen zu hohen Beitrag zahlen mußten, müssen sich selbst um ihr Recht bemühen.

EINGEMEINDUNG: Leipzig. Der Sächsische Verfassungsgerichtshof in Leipzig hat erstmals einem Antrag zweier Kommunen auf einstweilige Anordnungen gegen die Gemeindegebietsreform stattgegeben. Nach der am 27. Oktober bekanntgegebenen Entscheidung wird die für den 1. Januar 1999 geplante Eingemeindung der Stadt Markkleeberg und der Gemeinde Bienitz nach Leipzig vorerst nicht stattfinden.

GEWERBESTEUER: Frankfurt/Main. Angeblich soll die Bonner Koalitionsvereinbarung Absichtserklärungen enthalten, denen zufolge durch Streichung von Vergünstigungen die Bemessungsgrundlage für die kommunale Gewerbesteuer verbreitert werde. Obwohl die vollständige Streichliste der Steuervergünstigungen von rotgrün bis jetzt nicht vorgelegt wurde, nahm Tom Koenigs die Koalitionsvereinbarung sofort zum Anlaß, um sich für eine Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer in Frankfurt

stark zu machen. CDU und FDP treten dafür bekanntlich seit längerem ein. Die Gewerbesteuer trägt der Tatsache Rechnung, daß die Kommune in erheblichem Ausmaß Infrastrukturleistungen für Konzerne erbringt.

COMPUTER-AUSSTATTUNG: München. Der Vorsitzende des Bayerischen Städteverbands, Deimer (CSU), kritisierte einige Punkte aus der jüngsten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Stoiber. Besonders eklatant sei das Finanz-Manko zu Lasten der Städte bei der Ausstattung der Schulen mit Computern. Allein der heutige Rechnerbestand von rund 90 000 Computern einschließlich Software-/Netzgebühren kostet im Jahr ca. 100 Mio. Mark. Nach jüngsten Aussagen der Informationstechnik-Industrie rollt eine Kostenlawine auf die Schulen zu. Der erforderliche Investitionsbedarf wird von der Branche auf 450 Mark pro Schüler und Jahr geschätzt. Das wären in Bayern bei 1,7 Mio. Schülern rund 800 Mio. Mark. Bislang gibt der Freistaat lediglich 13 Mio. Mark als einmalige Gabe für die Computer-Ausstattung der Schulen im Rahmen von Pilotprojekten. Deimer: „Hier zeigt sich ganz deutlich, daß der Freistaat zu Lasten der Kommunen sparen will“.

HIGH-TECH-STANDORT: Dresden. Nachdem Siemens ankündigte, sich von 50 der bisher 200 Geschäftsfeldern zu trennen, kritisierte die PDS-Landtagsfraktion die sächsische Staatsregierung: „Mit ihrem einseitigen Setzen auf die Leuchttürme Simec und AMD liefert die Staatsregierung das gesamte angestrebte High-Tech-Kompetenzzentrum Dresden dem äußerst fragilen Chip-Markt aus. Sollte Simec wirklich in Gefahr geraten, dann wären nicht nur 450 Mio. DM Fördermittel umsonst geflossen, sondern eben auch die Hoffnung auf Kernkompetenzen mit Arbeitsplatzwirkung verflogen. Die PDS-Fraktion erwartet deshalb von der Staatsregierung, daß sie um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Simec mit allen Mitteln ringt. Unmittelbar vor der Entscheidung zum Sächsischen Haushalt, der im Regierungsentwurf für 1999 weitere 90 Mio. DM für Siemens vorsieht, sollte Klarheit über die Perspektive und die Weiterexistenz der Arbeitsplätze des Standortes bestehen.“

KOMMUNALWAHLBÜNDNIS: Mannheim. Der Vorstand der Kommunalpolitischen Linken Alternative Mannheim (KLAM) fordert alle linken Parteien, Organisationen, Vereine, Initiativen und Gruppen dazu auf, jetzt schon darüber Gespräche zu führen, um zu OB- und Kommunalwahlen 1999 mit einem gemeinsamen linken Kandidaten und einer gemeinsamen internationalen linken Kandidatenliste anzutreten.

Zusammenstellung: baf

DESTENS 220 DM! Bei einer Funktionärskonferenz am 2.11. hat die IG Metall Essen ihre Forderungsempfehlung für die Tarifauseinandersetzung in der metallverarbeitenden Industrie geschlossen. Sie lautet: 6,5% mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 220 DM. Für die Auszubildenden werden degressive Festbeträge zwischen 100 DM und 85 DM gefordert. Grundlage der Diskussion waren Vorschläge aus vier Betrieben. Sie akzeptierten den vom IG-Metall-Vorstand vorgeschlagenen Forderungsrahmen, traten aber für eine starke „soziale Komponente“ ein. – Die Widia-Vertrauensleute lehnen in ihrem Beschuß ausdrücklich gewinnorientierte tarifliche Lohnbestandteile ab, wie sie vom Arbeitgeberverband gefordert werden: „Ertragsabhängige Tariflohnbestandteile sind ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des Flächentarifvertrages.“ *kw*

ERHEBLICHE UNRUHE BEI DER WIDIA GMBH: Konzern lehnt Sonderzahlung für 1998 ab. Bei der Widia GmbH in Essen gibt es Streit um eine außertarifliche Sonderzahlung zum Jahresende. Im letzten Jahr gab es für jeden Beschäftigten 300 DM zusätzlich zum tariflichen Weihnachtsgeld. In diesem Jahr soll es keinen Pfennig geben, wenn es nach dem amerikanischen Milacron-Konzern geht, zu dem die Widia gehört. Eine Forderung des Gesamtbetriebsrates nach 1200 DM lehnte der Aufsichtsratsvorsitzende, Alan Shaffer, rundweg ab. Die Begründung: Auf der „shopping list“ des Konzerns stünden noch mehrere Firmen, wofür er jeden Dollar brauche.

„Dafür haben wir absolut kein Verständnis“, heißt es in einem Schreiben, das rund 800 Beschäftigte, der weitaus größte Teil der Belegschaft, an den Aufsichtsrat schickten. Die Unterzeichner verweisen auf die erneut gestiegene Leistung und eine sehr gute Geschäftslage der Widia GmbH. „Und während die Manager-Ebene ... eine Sonderzahlung erhalten soll, verweigern Sie sich, wenn es um die Belegschaft geht.“ Rund 150 Re-

schäftigte informierten sich am 22.10.1998 beim Betriebsrat über die Reaktionen auf den Brief. Am nächsten Tag waren es 400 Beschäftigte. In etlichen Abteilungen ruhte die Produktion für mehrere Stunden. Vertreter der Geschäftsführung wurden bei einer Versammlung mit Buh-rufen und Pfiffen empfangen. Sie sagten zu, sich für eine Regelung zu verwenden.

Die Antwort aus den USA fiel jedoch mehr als mager aus. Bei einem weiteren Informationsbesuch vieler Beschäftigter beim Betriebsrat am 25.10.1998 teilte die Geschäftsführung mit, daß der Konzern über eine Regelung für nächstes Jahr (!) verhandeln will. *Nach: Pressemitteilung des IGM-Vertrauenskörpers.* *kw*

ARBEITGEBER BIETEN TARIFVERHANDLUNGEN AN. Seit Mittwoch, den 21.10.98, machen die Beschäftigten im Institut FIRST des GMD-Forschungszentrums für Informationstechnik GmbH ihre Internet-Seiten zu 13,5% unlesbar, um gegen die Absenkung ihrer Einkommen um eben diesen Prozentsatz zu protestieren. Dies ist der erste Internet-Streik (siehe letzte Ausgabe der *Politischen Berichte*). Am zweiten Streiktag wurde versucht, die Beschäftigten mit Druck zur Beendigung dieser Aktion zu bringen. Da dies nicht gelang, wurde geplant, den Internet-Server von FIRST abzuschalten. Aus Angst vor dem Vorwurf der Zensur im Internet wurde dies jedoch nicht umgesetzt. Auf einer Versammlung am 26.9.98 scheiterte ein erneuter Versuch, die Beschäftigten zur Aufgabe des Internetstreiks zu bringen. Da sich das Bonner Innenministerium außerdem nicht verhandlungsbereit zeigt, schlossen sich am 29.10. auch Beschäftigte des GMD-Instituts FOKUS an.

Das Echo auf diese „Premiere“ ist enorm. Nicht nur Berliner, sondern auch überregionale und sogar internationale Medien berichteten darüber. Am 2.11.98 bot der Arbeitgeber dann endlich Tarifverhandlungen an. Sie sollen am 24.11.98 in Bonn stattfinden. Die Geschäftsführung von GMD erklärte, daß sie die Forderung nach Beibehaltung

des Westtarifs unterstützen und bereit sei, einen gemeinsamen Brief mit den Betriebsräten zu verfassen.

Trotz dieses Zwischenerfolgs beschloß die ÖTV-Versammlung am 2.11., das „Bestreiken“ der Internet-Seiten fortzusetzen. Ein weiteres wichtiges Projekt bei FIRST und (mit einer Ausnahme) alle Beschäftigten bei FOKUS unterstützen inzwischen die Aktion. *har*

TARIFFLUCHT BEIM STUDENTENWERK GEPLANT.

Der Verwaltungsrat des Studentenwerks Berlin plant die Beendigung seiner Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband, der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Berlin – AV Berlin. Damit wird die Bindung an die Tarifverträge für Arbeiterinnen und Arbeiter des öffentlichen Dienstes aufgehoben und faktisch eine Tarifflucht vollzogen. Der Hintergrund: Der AV Berlin war bisher eine Einrichtung in der Senatsverwaltung für Inneres und wurde von ihr finanziert. Nun soll sich der Verband eine privatrechtliche Form geben, d.h. die Mitglieder müssen eigene Beiträge zur Finanzierung bezahlen, für das Studentenwerk ca. 23 000 DM pro Jahr. Dies wird als Grund für den Austritt angegeben, obwohl es umgerechnet nur 0,013% des Jahreshaushalts ausmacht.

Mit dem Austritt aus der AV Berlin werden mittelfristig die Beschäftigten des Studentenwerks empfindlich in ihren Einkommen getroffen werden. Der große Teil, davon viele weibliche in Teilzeitarbeit, würde nicht mehr an der Tarifentwicklung teilnehmen. *(ÖTV-Presserklärung v. 30.10.98 – har)*

CGT/ÖTV: GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR EUROPÄISCHEN SEEHAFEN-POLITIK.

Anlässlich eines Treffens von Kolleginnen und Kollegen der CGT und der ÖTV aus den Hafenstädten Nantes/St.Nazaire und Hamburg auf Einladung der PDS-Arbeitsgruppe „Betrieb & Gewerkschaft“ vom 15. bis 18. Oktober in Hamburg, haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich der Entwicklung der Hafenstädte im europäischen Binnenmarkt auf folgende Positionen

nen verständigt: • Im Grünbuch über Seehäfen und Seeverkehrsinfrastruktur fehlt jeder Hinweis auf die sozialen Fragen. Die Teilnehmer halten die Aufnahme der sozialen Fragen in das Grünbuch (Sozialcharta) für dringend erforderlich. • Die Häfen sind Bestandteil der Ökonomien der einzelnen Länder und Regionen und spielen eine wichtige Rolle bei deren Entwicklung. Somit sind sie öffentliche Aufgabe und notwendiges Steuerungsinstrument. Deshalb ist jede Art der Privatisierung der Häfen oder der öffentlichen Unternehmen in den Häfen abzulehnen. • Um die weitere Entwicklung der Seehäfen auch in strukturschwächeren Regionen sicherzustellen, kommt der Anbindung an die europäischen Eisenbahn-, Autobahn- und Binnenschiffahrtsnetze eine hohe Bedeutung zu. • Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist zentrale Aufgabe im zusammenwachsenden Europa. Deshalb soll in allen europäischen Häfen die gesetzliche Arbeitszeit auf 35 Std./Woche verkürzt werden. Dabei darf die Entlohnung dadurch nicht reduziert werden. • Die gewachsenen Strukturen in den Häfen ändern sich zunehmend, unterliegen einer hohen Veränderungsdynamik. Deshalb ist eine einheitliche Definition von Hafenarbeit notwendig, die sich aus den Komponenten „räumliche Bindung“ und „Qualifikation“ ergeben muß. • Wenn sich Hafenstrukturen ändern, hat dies auch Auswirkungen auf die Pool-Strukturen (Gesamthafenbetriebe). Das darf aber keinesfalls die Auflösung der Pools zur Folge haben, denn sie sind nach wie vor eine Errungenschaft der Hafenarbeiter bei der Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse und somit von hoher sozialpolitischer Bedeutung. • Hafenarbeit muß zu tariflichen Bedingungen erfolgen, die mit den Gewerkschaften ausgehandelt sind. Besonders in den Fällen, in denen öffentliche Mittel für die Bereitstellung der Flächen geflossen sind.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden aufgefordert, sich in ihren Organisationen und ihren Einflußbereichen für die oben genannten Positionen einzusetzen.

Statt Flexibilisierung mehr Zeitsouveränität

Die gegenwärtige Arbeitszeitdiskussion ist geprägt vom Gesichtspunkt der Beschäftigungsförderung. Der Aspekt des Arbeitsschutzes spielt nur noch eine untergeordnete Rolle und das, obwohl das im Juli 1994 in Kraft getretene Arbeitszeitgesetz (ArbZG) nicht nur durch zahlreiche Ausnahmeregelungen durchlöchert ist, sondern sogar eine 70-Stunden-Woche unter der Voraussetzung der Zulässigkeit von Sonntagsarbeit ermöglicht, wie das z.B. für Krankenhäuser der Fall ist.

Die 70-Stunden-Woche ist hier nicht nur graue Theorie, sondern insbesondere im Bereich des Nachtdienstes bittere Realität. Sieben Nachschichten à zehn Stunden in Folge sind häufig anzutreffen, und da der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst nur zwei freie Tage in zwei Wochen garantiert, sind hier auch zwölf Nachschichten à zehn Stunden in Folge anzutreffen.

Die Gewerkschaft ÖTV führt zur Zeit Tarifverhandlungen gegen diese gesundheitlich ruinösen Arbeitszeitregelungen und fordert u.a. eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 45 Stunden/Woche, zwei freie Tage pro Kalenderwoche und keine Ausnahme von der elfstündigen Ruhezeit. Aufgrund der enormen Unterschiedlichkeit der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes muß die ÖTV eine Tarifregelung finden, die einerseits das Direktionsrecht der Arbeitgeber möglichst weitgehend einschränkt, andererseits aber die Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten nicht unnötig einengt. So forderten z.B. die Ämter für Arbeitsschutz in NRW 1997 von den Krankenhäusern im Rahmen der Aktion „Arbeitsschutz im Gesundheitswesen“, das Nachschichtsystem auf eine Schichtfolge von maximal zwei bis vier Nachschichten in Folge umzustellen – und ernteten dafür einen Sturm der Entrüstung von den betroffenen Beschäftigten. Sie warfen den Ämtern für Arbeitsschutz eine „Verschlimmbesserung“ vor, einige gingen dagegen vor Gericht, mußten sich aber vom BAG anhören, daß der Arbeitgeber kraft seines Direktionsrechts die Anzahl der in Folge zu leistenden Nachschichten festlegen kann⁽¹⁾. Die Proteste gegen die Verkürzung der Nachschichtfolge weisen auf das Problem hin, daß in Fragen der Arbeitszeitgestaltung durchaus Gutes gewollt sein kann, doch ungewollt Nachteiliges – zumindest für Teile von Beschäftigten – bewirkt wird. So werden im Pflegedienst Nachschichten häufig von teilzeitarbeitenden Dau-

ernachtwachen verrichtet, die z.B. bei einem 75%-Vertrag ihre Arbeitsleistung mit 12 bis 13 Zehn-Stunden-Nachtshiften im Monat bzw. im Vierwochenzeitraum erbringen und dann für den Rest des Monats frei haben. Trotz gegenwärtiger – umstrittener – arbeitsmedizinischer Erkenntnisse empfinden es die meisten dieser Dauernachtwachen als angenehmer, 12 bis 13 Nachschichten in Folge zu leisten und dann eine lange Erholphase zu haben als z.B. drei Blöcke mit jeweils vier Nachschichten und entsprechend kürzeren Erholphasen. Andererseits haben Befragungen⁽²⁾ ergeben, daß insbesondere Pflegekräfte, die nicht als Dauernachtwachen, sondern im Rahmen von Wechselschichten nachts arbeiten, eher kurze Nachschichtfolgen subjektiv als weniger belastend empfinden.

Wegen dieser Unterschiedlichkeit bei Dauernachtwachen einerseits und Wechselschichtarbeitern andererseits ist es schwierig, das Direktionsrecht des Arbeitgebers soweit wie möglich einzuschränken, dabei aber die Arbeitszeitsouveränität des einzelnen Beschäftigten – soweit es gesundheitlich vertretbar ist – nicht einzuengen. Darüber hinaus ist das Recht der Patienten zu berücksichtigen, nicht von übermüdetem Personal gepflegt zu werden.

In diesem Konfliktfeld hat sich eine „Dienstvereinbarung zur Milderung der gesundheitsschädlichen Folgen der Nachtarbeit“ bewährt, die der Personalrat 1994 am Robert-Koch-Krankenhaus (Landkreis Hannover) ausgehandelt hat. Darin ist u.a. vereinbart, daß der Arbeitgeber maximal sieben Nachschichten in Folge per Direktionsrecht anordnen kann⁽³⁾ (also nicht zwölf, wie es der Tarifvertrag zuläßt), aber auf Wunsch des Beschäftigten kann die Nachschichtfolge auf zehn und bei Teilzeitkräften auf maximal zwölf Nächte verlängert werden. Dreizehn und mehr Nachschichten in Folge sind auch auf Wunsch des Beschäftigten nicht zulässig, da dadurch gegen tarifvertragliche Bestimmungen verstoßen würde und dies auch gesundheitlich bedenklich wäre.

Diese, als „Ampelregelung“ bezeichnete Vereinbarung, beschränkt das Direktionsrecht des Arbeitgebers auf den „grünen Bereich“, die Arbeitszeitsouveränität des Beschäftigten wird aber nicht gleichermaßen eingeengt, sondern erstreckt sich noch über den „gelben Bereich“. Der „rote Bereich“ ist auch auf Wunsch des Beschäftigten nicht zulässig. Dadurch wird im konkreten Fall ermög-

licht, daß Dauernachtwachen z.B. auf eigenen Wunsch zehn Nächte in Folge leisten können, ohne daß der Arbeitgeber dies z.B. von Wechselschichtarbeitern gleichermaßen verlangen könnte. Sein Direktionsrecht endet bei sieben Nächten in Folge. Die Ampelregelung ist der Versuch, die widerstreitenden Interessen der Beschäftigten unter einen Hut zu bringen, so daß die überwältigende Mehrheit die Dienstvereinbarung unterstützte. Das war entscheidend, um sie gegenüber dem Arbeitgeber auch durchzusetzen. Das Ampelprinzip soll in Zukunft auch auf andere Arbeitszeitfragen angewandt werden. Nachdem die Einführung der Fünf-Tage-Woche auch für den Pflegedienst als Erfolg verbucht wurde, stellte sich heraus, daß die Fünf-Tage-Woche für einige eben nicht die „Wunscharbeitszeit“ war. Da nunmehr die Wochenarbeitszeit auf weniger Tage verteilt wurde, verlängerten sich natürlich die Schichten. Elternteile, die ihre Kinder aus der Kindertagesstätte abholen müssen oder die ihre Kinder nach der Schule zu versorgen haben, ist mit zusätzlichen freien Tagen häufig wenig geholfen. Durch Verlängerung der Schichten an den anderen Tagen wird das Hin und Her zwischen Arbeit, Kind und Haushalt meist streßbeladener. Im Gespräch ist nunmehr eine „Ampelregelung“, die das Direktionsrecht des Arbeitgebers auf die Anordnung der Fünf-Tage-Woche beschränkt, auf Wunsch des Beschäftigten dieser aber auch in der 5,5-Tage-Woche – mit entsprechend kürzeren Schichten – arbeiten kann. Weniger als zwei freie Tage in zwei Wochen werden aber in jedem Fall unzulässig sein.

Diese Regelungen gehen damit einher, daß auch der Personalrat Macht an die unmittelbar Betroffenen abgibt, nicht die Personalvertretung entscheidet stellvertretend für die Beschäftigten über Beginn und Ende der Arbeitszeit, sondern selbstbestimmt wird darüber in den Teams entschieden. Aufgabe der Personalvertretung bleibt, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und zu verhindern, daß „selbstbestimmt“ gegen geltende Dienstvereinbarungen, Tarifverträge oder Gesetze verstößen wird oder der „Wunsch“ des einzelnen Beschäftigten nach einer Folge von zehn Nachschichten durch Druck erzeugt wird.

kar

1 BAG Urteil vom 11.02.98 – 5 AZR 472/97

2 Peter Müßig-Trapp in: ÖTV-Report – Soziales und Gesundheit, August 1994

3 Gefordert war ursprünglich das Direktionsrecht auf eine Nachschichtfolge von maximal vier Nachschichten einzuzgrenzen.



8% mit sozialer Komponente

Auf der Vertreterversammlung der IG Metall Schweinfurt wurde basierend auf den Beschlüssen der betrieblichen Vertrauenskörper die Forderungsempfehlung der Verwaltungsstelle an die Große Tarifkommission der IGM Bayern beraten und beschlossen.

Im Volumen schwankten die betrieblichen Forderungen um die 8%. Weit verbreitet war der Wunsch nach einer solidarischen Lohnpolitik, die die absoluten Einkommensunterschiede zwischen den hohen Gehaltsgruppen auf der einen Seite und den Arbeitern und niedrigen Gehaltsgruppen auf der anderen Seite nicht weiter wachsen läßt. Neben einzelnen Festgeldforderungen, kam aus vielen Betrieben der Vorschlag, zumindest in den ersten sechs Monaten der Laufzeit des neuen Tarifvertrags durch monatliche Abschlagszahlungen von 360 DM für alle gleich für einen gewissen sozialen Ausgleich zu sorgen. Vom größten Betrieb der Verwaltungsstelle, Mannesmann-Sachs, wurde vorgeschlagen, mit einer Forderung nach 200 DM plus 3% in die Verhandlungen zu gehen mit dem Ziel, dauerhaft in die Verteilungsstrukturen einzugreifen.

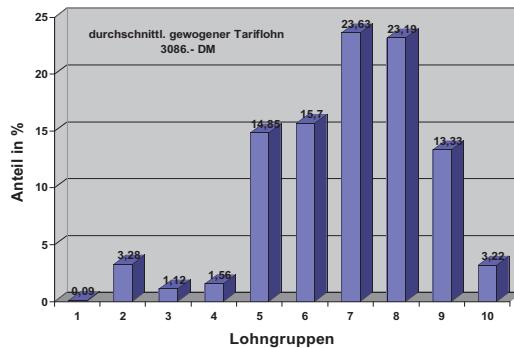
Der Vertreter der Bezirksleitung München wies daraufhin, daß die Verwaltungsstelle Schweinfurt mit einer Forderung von 8% in Bayern einsam an der Spitze liege. Mit monatlichen Abschlagszahlungen könne er sich einverstanden erklären, nicht jedoch mit dauerhaften Strukturveränderungen wie Festgeldforderungen oder ähnlichem, weil Strukturveränderungen kontraproduktiv gegen den geplanten Entgelttarifvertrag wirken würden. Unter dem Beifall der Vertreterversammlung wies der VK-Leiter von SKF daraufhin, daß er unter dem vom IG Metall-Vorstand angekündigten „kräftigen Schluck aus der Pulle“ etwas anderes verstehe als einen Abschluß um die 4%. Wir dokumentieren hier aus dem fast einstimmig gefaßten Beschuß der Vertreterversammlung. *cls*

Die Vertreterversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt fordert:

1. Erhöhung von Löhnen und Gehältern im Volumen von 8%. Laufzeit 12 Monate.
2. Die Forderung soll mit einem Strukturelement versehen werden: Entweder a) 6 Einmalzahlungen à 360 DM für die Monate Januar bis Juni oder b) Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter um 200 DM + 3%. Die Mitglieder der Tarifkommission werden aufgefordert, sich je nach Verlauf der Diskussion in die Forderung von Strukturelementen einzubringen.
3. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 90 DM für alle Ausbildungsjahre.
4. Verlängerung der befristeten Übernahme von Auszubildenden von 6 auf 12 Monate.
5. Keine Kompensation ...

1

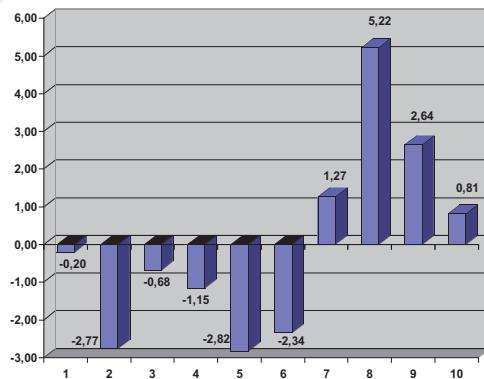
Lohngruppenverteilung Bayern 1997



Anteile der Beschäftigten in den Lohngruppen der Metallindustrie in Bayern 1997

2

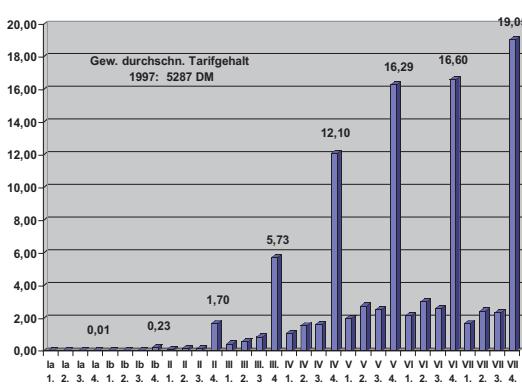
Veränderung der Lohngruppenverteilung Bayern 1997 - 1991



Veränderung der Anteile der Beschäftigten in den Lohngruppen der Metallindustrie in Bayern 1991 bis 1997

3

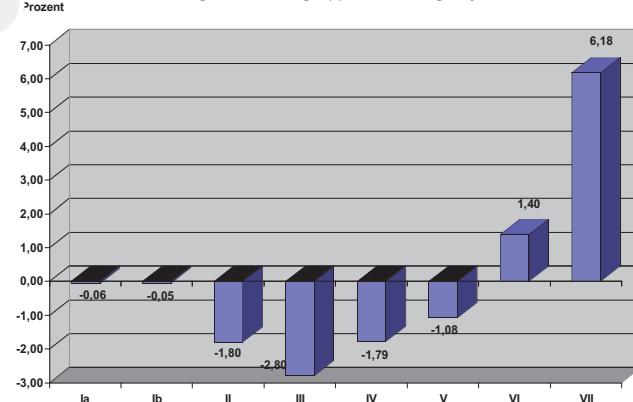
Gehaltsgruppenverteilung 1997



Anteile der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen der Metallindustrie in Bayern 1997

4

Veränderung der Gehaltsgruppenverteilung Bayern 1997 - 1991



Veränderung der Anteile der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen der Metallindustrie in Bayern 1991 bis 1997

Veränderung der Anteile der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen der Metallindustrie in Bayern 1991 bis 1997

Das Zentrum München/ Oberbayern und der Rest

670 050 Beschäftigte zählte die bayerische Metallindustrie 1997 noch, gegenüber 1996 ein Rückgang um 13 750 oder zwei Prozent. Laut Statistik des Verbands der Bayerischen Metallindustrie (VBM) wurde 1997 in den 2 997 Betrieben mit über 20 Beschäftigten ein durchschnittliches Jahresentgelt von 71 280 DM gezahlt.

Spitzenreiter dabei ist die Computerindustrie (Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten, 14 240 Beschäftigte), die durchschnittlich 91 777 DM zahlte. Die drei größten Branchen weisen folgende statistischen Werte auf: Straßenfahrzeugbau: 144 483 Beschäftigte und 77 400 DM Jahresentgelt, Elektrotechnik: 159 119 Beschäftigte und 75 843 DM Jahresentgelt und Maschinenbau 188 388 Beschäftigte und 67 840 DM Jahresentgelt.

50% der Angestellten in den beiden höchsten Gehaltsgruppen

Ein Blick in die weitgespreizte Gehaltsverteilung des VBM (Schaubild 3) zeigt, daß mittlerweile 50% der Angestellten in der bayerischen Metallindustrie (20% aller Beschäftigten = 134 000 Personen) in den beiden obersten Gehaltsgruppen VI und VII eingestuft sind mit durchschnittlichen monatlichen Effektivlöhnen ab 6 000 DM bis 7 850 DM in der Gehaltsgruppe VII, (bzw. 8 970 DM bei 40 Stunden). Die Gehaltstruktur gleicht einer Hühnerleiter, die drei untersten Gehaltsgruppen sind fast nicht mehr belegt.

Schaut man etwas tiefer in die Arbeitgeberstatistik (Tabelle 1) rein, stellt man fest: Während in den anderen bayerischen Bezirken der Anteil der Gehaltsgruppe VII durchschnittlich nur knapp über 10% liegt, sind im Bezirk München-Oberbayern 34,3% der Angestellten, also ein Drittel, in der höchsten Gehaltsgruppe VII eingruppiert. Das heißt, die hohe Belegung der Gehaltsgruppe VII speist sich vor allem aus dem in den Konzern- und Forschungszentralen im Raum München-Oberbayern geballten Potential an Finanzstrategen, Produktionsleitern, Forschungsingenieuren und Marketingmanagern, sozusagen eine Lokalisierung des „Sy-

temskopfs“ Deutschland.

Über 50 000 Tarifangestellte (ca. 8% aller bayerischen Metallbeschäftigte) in der Gehaltsgruppe 7 mit Jahreseinkommen über 100 000 DM bis 130 000 DM und mehr (einschließlich Teil eines 13. Monatseinkommens, zusätzlichem Urlaubsgeld usw.) sind hier konzentriert. Es ist hier wohlgemerkt nur von Tarifangestellten die Rede. Über die Anzahl der außertariflichen Angestellten, deren Gehalt nach Manteltarifvertrag Metall Bayern mindestens 25% über der höchsten Gehaltsgruppe liegen muß, macht die Statistik des VBM leider keine Aussage.

„Global Player“-Strategien, Markt- und Entwicklungsoffensiven verknüpft mit einem rationalisierungsbedingten Personalabbauprozeß in Produktion und Verwaltung lassen das Gewicht dieses Personenkreises in den letzten Jahren rasant anwachsen. Ein Vergleich der Gehaltsgruppenverteilungen aus den Jahren 1991 und 1997 beweist dies (Schaubild 4).

Der Anstieg der Belegung der Gehaltsgruppe VI und VII auf Kosten aller anderen Gehaltsgruppen hat das durchschnittliche Tarifgehalt in Bayern zwischen 1991 und 1997 um 223 DM auf 5 287 DM ansteigen lassen (Tabelle 2).

Höhergruppierungstendenz auch im Arbeiterbereich

Auch im Arbeiterbereich ist ein spürbare Höhergruppierungstendenz auszumachen (Schaubild 1 und 2). Hier sind die unteren vier Lohngruppen mittlerweile fast leer gefegt, es findet eine Bewegung aus den Angelernten-Lohngruppen 5 und 6 in die Facharbeiterlohngruppen 7 bis 10 statt. Das dürfte wiederum Resultat mehrerer verknüpfter Prozesse sein: einerseits Rationalisierung und Personalabbau andererseits Integration indirekter Aufgaben in die Fertigung im Zuge der Entwicklung von Gruppenarbeit mit Anreicherung der Arbeitsaufgaben und höherer Qualifizierung. Auch im enormen Anwachsen des Entlohnungsgrundsatzes Prämielohn von 11,23% der Arbeiter (1991) auf 28,51% (1997) auf Kosten sowohl des Akkordlohns wie auch des Zeitlohns dürften sich die Auswirkungen von Gruppenarbeit und Strategien „schlanker Produktion“ erweisen. Der durchschnittliche Tariflohn ist dadurch zwischen 1991 und 1997 um 71 DM auf 3 086 DM gestie-

Tabelle 1: Belegung der Gehaltsgruppe 7 in den bayerischen Bezirken (in Prozent)

Bayern	25,55
Coburg (OF)	7,93
Nordbayern (MF)	12,48
Niederbayern	12,96
Schwaben	2,43
Unterfranken	13,14
München. OB	34,31

Nordbayern (MF) mit dem Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen

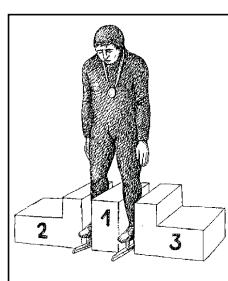


Tabelle 2: Durchschnittliche Tarif- und Effektiventgelte 1991 und 1997 (in DM)

	Tarif	Effektiv				
	1991	1997	Diff.	1991	1997	Diff.
Arbeiter	3 915	3 086	+71	3 999	4 057	+58
Angestellte	5 064	5 287	+223	5 937	6 091	+154
alle	3 734	3 967	+232	4 680	4 871	+191

Diese Zahlen sind um die tariflichen- und Gehaltssteigerungen im Untersuchungszeitraum bereinigt, d.h. es wurden die Lohn- und Gehaltsgruppenverteilungen der beiden Jahre 1991 und 1997 auf Basis von Tarifentgelten des Jahres 1997 miteinander verglichen. Von 1991 auf 1997 ist der Anteil der Angestellten von 35,1% auf 40% angewachsen. Das durchschnittliche Tarifentgelt dürfte nach der 2,5%-Tariferhöhung vom April 1998 über 4 000 DM liegen. Eine Tariferhöhung um 40 DM für jeden Beschäftigten entspricht im Volumen also einer Erhöhung um ein Prozent.

Tabelle 3: Verhältnis Effektiv/Tarif (in Prozent)

	1991	1997
Leistungslohn	137,22	138,57
Zeitlohn	126,23	124,19
Angestellte	117,24	115,17

Tabelle 4, AT-Zulagen (in DM)

Zeitlohn	TG	TL	AT	Effektiv
1991	3 128	438	382	3 948
1997	3 186	446	323	3 955
	+58	+8	-59	+7
Angestellte	TG	TL	AT	Effektiv
1991	5 064	481	392	5 937
1997	5 287	502	302	6 091
	+223	+21	-90	+154

Bei der Berechnung wurden das durchschnittliche gewogene Tarifentgelt und die durchschnittliche tarifliche Leistungszulage (Arbeiter 14%, Angestellte 9,5%) zugrundegelegt.

gen. Das durchschnittliche Tarifentgelt aller Metallbeschäftigte lag 1997 mit 3 967 DM um 232 DM höher als 1991 (3 734).

Effektivlöhne: Die Arbeitgeber bremsen

Die Tabellen (2 bis 4) enthalten, daß es den Arbeitgebern gelungen ist, die Aufwärtsbewegung bei den tariflichen Kürzungen der Effektivverdienste wieder wettzumachen. Ansatzpunkt dieser Gegenbewegung sind außertarifliche Zulagen bei den Zeitlöhnen und Angestellten, die nicht mit den Tarifgrundlöhnen angehoben bzw. sogar gegen diese verrechnet und gekürzt werden. Im Leistungslohn greift diese Strategie nicht, weil es hier im Regelfall keine außertariflichen Zulagen gibt, sondern Akkordzuschläge bzw. Prämien, die direkt an Tari-gebunden sind, gezahlt werden. *cls*

Die Bildung einer ersten „rot-roten“ Landesregierung aus SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern hat erwartungsgemäß bei Unionsparteien und FDP zu wutschnaubenden Reaktionen geführt. Aber auch in der SPD und in der PDS ist das Projekt nicht unumstritten.

In der SPD haben mehrere Prominente in einem offenen Brief vor einer Annäherung SPD-PDS und vor einer Übertragung der Schweriner Koalition auf Sachsen-Anhalt und Thüringen gewarnt. In der PDS gibt es Besorgnisse, ob nicht

manche Kreise in der Partei die Aufgaben der PDS als Teil der gesellschaftspolitischen Opposition nun fallen lassen. Lösungen wie das noch in der Bundestagswahl verbreitete Plakat „Alle wollen regieren – wir wollen verändern“ könnten in den Hintergrund rücken. Auch gibt es Kritik an Inhalten des Koalitionsvertrags, z.B. im Bereich Innenpolitik /Verfassungsschutz, am Weiterbau der Autobahn, am fehlenden Einstieg in eine Grundsicherung, an den als zu geringfügig empfundenen Ergebnissen für einen

„öffentlichen Beschäftigungssektor“ und am Abstimmungsmodus über den Koalitionsvertrag auf dem PDS-Parteitag in Mecklenburg. Nach Art eines „Fahneneappells“ wurden die Delegierten des Parteitags namentlich aufgerufen und mußten dann ihr Votum laut sagen – es gab also keine geheime Abstimmung.

Auf der anderen Seite sind einige Vereinbarungen in Mecklenburg-Vorpommern durchaus von überregionaler Bedeutung und Interesse. Denn die rot-rote Landesregierung hat sich nicht nur darauf verständigt, über den Bundesrat auf die Rücknahme zahlreicher wichtiger Sozialkürzungen der letzten Jahre zu drängen. Sie will auch das gegliederte Schulsystem zurückdrängen, paritätische Schulkonferenzen einführen und die Rechte der Jugendlichen stärken. Sodann hat die PDS in den Verhandlungen mit der SPD einen Einstieg in einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und zusätzliche Mittel für die Kommunen durchgesetzt – bei einer gleichzeitig angestrebter Verringerung der öffentlichen Neuverschuldung auf die weniger als die Hälfte (von 924 Mio. DM Nettokreditaufnahme 1999 auf 450 Mio. DM in 2002).

Tagung der PDS in Berlin

Kommentar

Parteivorstand und Parteirat der PDS hatten zu einer offenen Beratung eingeladen, die die Möglichkeit bot, im Vorfeld des Parteitages im Januar in der Partei bestehende Meinungen zu aktuellen Fragen zu sondieren.

Koalieren, tolerieren, opponieren. Eine Vielzahl von Rednerinnen und Rednern, namentlich Bisky und Gysi stellten klar, daß die PDS gegen die Militarisierung der Außenpolitik weiterhin opponieren müsse und werde. Auch wird (inzwischen) die strategische Bedeutung des Staatsangehörigkeitsrechtes verstanden. Gen. Holter, stellvertretender Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, begründete die Zustimmung zum dortigen Koalitionsvertrag wesentlich mit der Chance, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor starten zu können. Namentlich Petra Pau, gewählte Direktkandidatin in Berlin Mitte, und Gabi Zimmer, Landesvorsitzende in Thüringen, führten aus, daß Koalieren, Tolerieren und Opponieren gleichwertige Mittel sein könnten, den politischen Zielen der Partei zu nützen. Gabi Zimmer meinte, offensichtlich mit Blick auf Thüringen, Landesregierungen müßten nicht grundsätzlich vor „wechselnden Mehrheiten“ durch Koalitionsverträge geschützt werden.

Partei in Bewegung: Dem Januarparteitag wird ein Antrag des Vorstandes zur Programmdiskussion vorliegen. Über den Inhalt ist noch nichts bekannt. In der Partei bestehen Besorgnisse, es solle Gruppierungen wie der Kommunistischen Plattform oder dem Marxistischen Forum an den Kragen gehen. Stichwort: „Godesberg der PDS“. Dagegen steht, daß eigentlich alle Rednerinnen und Redner, die überhaupt was dazu sagten, keinen Zweifel ließen, daß die Meinungsvielfalt in der PDS tragender Wert ist. Bisky: „Das Parteiprogramm, das bestimmt den Rhythmus der Partei. Die PDS ist und bleibt eine pluralistische

Partei. So sehr ich dafür einstehe, daß wir programmatisch stets auf der Höhe der Zeit sind und daß nicht einzelne Gruppen die Partei überfordern, so sehr stehe ich dafür ein, alle auf unserem Weg mitzunehmen – jeden und jede Gruppierung, auch die KPF. Ich will keinen Avantgaratismus. Die Partei ist wie ein Netz aus Menschenketten, ein Netz in Bewegung. Wir dürfen die Hände, die wir halten von den anderen Genossinnen und Genossen, dabei nicht loslassen. Denn sie halten auch uns.“ Und wenig später: „Natürlich gibt es auch in der Partei Bedenken gegen Regierungsbeteiligung. Und jene, die dagegen gestimmt haben, gehören zu unserer Partei ebenso wie die große Mehrheit, die dem Koalitionsvertrag zugesagt hat. Wir alle sollten Verständnis für Bedenken haben. Dennoch müssen wir uns dem ‚macht was daraus‘ stellen.“

Fazit: Die PDS steht nicht am Beginn einer Ausrichtungs- und Säuberungsbewegung. Auslöser für die Arbeit am Programm ist nicht – wie im Fall Godesberg – ein alles mitreißender Triumph des konservativen Lagers in Ideologie und Wirtschaft, sondern, ganz anders, eine merkliche Diskreditierung des Neoliberalismus. War es in den 90ern wesentlich, die sozialistische Kritik aufrechtzuerhalten, so muß die Kritik in einer solchen Situation praktisch werden.

Was bringt der Versuch, im Wirtschaftsleben neben die profitregulierten einen vom öffentlichen Interesse und Gewissensschaftsgedenken bestimmten Sektor zu entwickeln? Müssen wir händlerisch zusehen, wie die rot-grüne Regierung, (die in dieser Frage dann 94,9 Prozent des Parlaments hinter sich hätte), die Militarisierung sämtlicher auswärtiger Beziehungen weitertriebt? Was heißt Internationalismus heute?

Schon, die bürgerliche Gesellschaft wird mit dem Angebot glänzender Laufbahnen und herausgehobener Positionen versuchen, die Menschen, die die PDS bilden, an sich zu ziehen, insofern sind Befürchtungen immer begründet und die Programmdiskussion wird lebhaft werden.

Wem sollen Grund und Boden gehören?

Auch bei der Eigentumsordnung will die Schweriner Landesregierung versuchen, einen neuen Akzent zu setzen, der im Westen auch bei Linken oft wenig beachtet wird. So will die SPD-PDS-Regierung auf die ersatzlose Streichung des § 5 im Altschuldenhilfegesetz drängen, der die vielen ostdeutschen Wohnungsbaugenossenschaften noch immer zwingt, zwecks Verringerung der ihnen von der Regierung Kohl aufgebürdeten Schuldenlast Mietwohnungen aus ihrem Bestand zu privatisieren. Gelingt dieses Vorhabens, so würde im Osten ein hoher Anteil genossenschaftlichen oder kommunalen Wohneigentums erhalten bleiben.

Noch weitergehender wäre, wenn sie gelingt, die angestrebte Änderung des Treuhandgesetzes für die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden. Gegenwärtig ist die noch von Waigel eingerichtete BVVG (Boden-Verwaltungs- und Verwaltungsgesellschaft) dabei, die nach den Privatisierungen der Treuhand noch verbliebenen ca. 1,6 Millionen Hektar öffentlicher Flächen Stück für Stück an Privatleute zu verscherbeln – vorzugsweise an „Alteigentümer“, Grafen, Herzöge und ähnlich finanziell starke und den Unionsparteien nahestehende Kreise.

1,1 Millionen Hektar davon oder 11 000 Quadratkilometer – das ist die vierfache Fläche des Saarlands oder die Hälfte von Hessen – sind landwirtschaftliche Nutzfläche, ca. 500 000 Hektar oder 5 000 Quadratkilometer sind forstwirt-

Beschäftigung, keine Privatisierung des Bodens

Aus der Koalitionsvereinbarung

Dokument

II. Zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und die Wirtschaftskraft stärken

Abschnitt 1: Arbeit und Ausbildung

Die Arbeitsmarktpolitik und das Programm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ (AQMV) sind bei der derzeitigen Massenarbeitslosigkeit unverzichtbar. ABM, Fortbildung und Umschulung, Strukturangepassungsmaßnahmen sowie Lohnkostenzuschußprogramme bilden dabei auch in Zukunft das Rückgrat des Zweiten Arbeitsmarktes. (...) Auf Landesebene werden die bisherigen Instrumente genutzt, um durch Verknüpfung von Förderung Beschäftigungszeiträume von möglichst 5 Jahren zu erreichen. Mittelfristig ist es das Ziel, gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Bereichen Kultur, Sozialarbeit und Beratungsdienste in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu überführen. Die Landesregierung wird darauf hinwirken, daß auf Bundesebene mittelfristig Bedingungen für dauerhafte Arbeitsplätze im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors geschaffen werden. Die Landesregierung wird die Bundesregierung bei einer entsprechenden Reformierung der Arbeitsförderung unterstützen. Mögliche Einsparungen bei AQMV infolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen des Bundes werden zur Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung verwendet. Priorität haben 1000 Stellen im Bereich der Jugendsozialarbeit, insbesondere Schulsozialarbeiter.

Im Rahmen eines regionalen Modellversuchs soll kurzfristig ein gemeinwohlorientiertes arbeitsmarktgefährdetes Beschäftigungsprojekt mit 500 Beschäftigten erprobt werden. Des Weiteren werden im Rahmen eines Modellprojektes gemeinwohlorientierte Betriebe gefördert, die sich teilweise aus ihren Einnahmen refinanzieren. Darüber hinaus wird ange-

strebt, daß mit Mitteln des Arbeitsmarktes in Kombination mit Infrastrukturinvestitionen in stärkerem Maße Infrastrukturprojekte, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, gefördert werden. (...) Im Rahmen der derzeit bestehenden Maßnahmen strebt die Landesregierung an, gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit ein Programm zur Schaffung von 1500 zusätzlichen Stellen für kommunale Infrastrukturmaßnahmen aufzulegen. (...)

Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß für alle Jugendliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Die Landesverwaltung, die Landkreise und die Kommunen sind aufgefordert, auch weiterhin über Bedarf auszubilden. Die Landesregierung tritt dafür ein, daß für alle Jugendliche nach der Ausbildung eine Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen wird. Dazu wird sie die bestehenden Ansätze, insbesondere das regionale Lohnkostenzuschußprogramm für Jugendliche, ausbauen und neue Förderansätze, wie z. B. Jugendfirmen, entwickeln. Jugendliche, die nicht in einem betrieblichen Ausbildungsvorverhältnis bzw. in der öffentlichen Verwaltung ausgebildet werden, erhalten eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Ausbildungsstätte. (...)

IV. Die Zukunft unserer Landwirtschaft sichern und den ländlichen Raum stärken

Die Landesregierung tritt konsequent dafür ein, daß die Ergebnisse der Bodenreform nicht angetastet werden. (...) Die Landesregierung prüft in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftsministerien der neuen Bundesländer die Möglichkeit der Novellierung des Treuhandgesetzes (Artikel 11) mit dem Ziel, der Verpachtung den Vorzug vor dem Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen einzuräumen. Die Landesregierung setzt sich unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsgrundlagen des EALG und der Flächenerwerbsverordnung für eine gerechte Verteilung von Grund und Boden ein.

Die Landesregierung strebt an, den Einfluß des Landes auf die Bodenverwertungspraxis der BVVG zu erhöhen. Dafür ist eine sofortige Neubesetzung des Länderebeirates erforderlich. Darüber hinaus wird geprüft, ob eine Umprofilierung der BVVG in eine Mehrländeranstalt zweckmäßig ist.

Die Landesregierung wird darauf hinwirken, daß die Altschuldenproblematik in der Landwirtschaft abschließend geregelt wird. Dazu soll unverzüglich eine Beurteilung der Wirksamkeit staatlicher Entschuldungsmaßnahmen erfolgen und ein Zinsmoratorium für landwirtschaftliche Altschulden angestrebt werden.

Die Landesregierung sieht die Notwendigkeit einer Reform der Agrarpolitik in der EU. Eine einseitige Benachteiligung der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird abgelehnt. Die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume muß erhalten bleiben. Die Landesregierung setzt sich im Rahmen der EU-Agrarreform für einen vollen Einkommensausgleich ein.

Mit einem Innovationsprogramm „Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien“ wird die Landesregierung die Potentiale der Wissenschaft, der Landwirtschaft sowie der im Land ansässigen Industrie zusammenführen und Rahmenbedingungen für den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung dieses zukunftsträchtigen Wirtschaftssektors schaffen. (...)

Die Landesregierung wird zur Veränderung des Marktstrukturgesetzes Initiativen mit dem Ziel entwickeln, die horizontale und vertikale Zusammenarbeit von Unternehmen zu unterstützen.

Gemeinsam mit den neuen Bundesländern wird die Landesregierung die Grundlagen eines Gruppenlandwirtschaftsgesetzes nach dem Beispiel Frankreichs erarbeiten.

Ziel künftiger Landespolitik ist es, eine umweltgerechte Agrarwirtschaft zu gestalten. In ihrem Rahmen soll schrittweise der Anteil integrierter und ökologischer Produktionsformen wachsen. (...)

schaftliche Nutzfläche. Zusammen geht der Streit um eine Land- und Forstfläche von der GröÙe Thüringens oder mehr als ganz Schleswig-Holstein. Allein in Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit noch ca. 500 000 Hektar, das sind etwa 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, in öffentlicher Hand.

Die neue Landesregierung in Schwerin will nun eine Änderung des Treuhandgesetzes anstreben „mit dem Ziel, der Verpachtung den Vorzug vor dem Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen einzuräumen“. Wenn das gelingt, wäre das unter Kohl und Waigel gestartete

gröÙte Programm in der Geschichte der Bundesrepublik zur Privatisierung von Grund und Boden gestoppt.

Ob dieses Vorhaben gelingt, ist freilich zweifelhaft. Lutz Scherling, Landwirtschaftsexperte der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, ist zwar stolz auf die erreichte Koalitionsvereinbarung, sieht aber die Aussichten skeptisch. Lafontaine wolle sicherlich die Erlöse aus dem Verkauf dieses riesigen Grundbesitzes in seinen Haushalt einstellen und werde sich deshalb schroff widersetzen, befürchtet er. Und von den Grünen sei in puncto Widerstand gegen die Privatisie-

zung von Grund und Boden überhaupt keine Unterstützung zu erwarten, hier dominierten längst neoliberalen Positionen, meint er.

Um so mehr verdient die Absicht der beiden mecklenburger Parteien Unterstützung auch im Westen. Zumal beide Parteien auch versuchen wollen, über die Agrarpolitik auch regionale Wirtschaftskreisläufe und „Gruppenlandwirtschaften“ zu fördern und zu entwickeln.

Hier (Kasten oben) Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS zur Arbeitsmarkt- und Agrarpolitik.

„... weil er sein Leben einsetzt für das Leben der Menschen und Völker“

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) ehrte Fidel Castro

Auf einem Kongreß der GBM am 23. Oktober im Haus am Köllnischen Park in Berlin wurde dem cubanischen Partei- und Staatschef Fidel Castro, vertreten durch den Botschafter Cubas, der zum dritten Mal vergebene „Menschenrechtspreis“ der Gesellschaft verliehen. Etwa 300 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil, darunter auch der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, Pia Kaldor, Rechtsanwalt aus Paris und vorjähriger Preisträger und mehrere Gäste aus Polen, Bulgarien und der Tschechischen Republik. Wir dokumentieren die Rede von Pastor i.R. Dr. Dieter Frielingshaus. Der erste Preisträger und Präsident des Kuratoriums der GBM feiert am 14. November seinen 70. Geburtstag.

Es handelt sich hier nicht darum, daß wir Fidel Castro eine Ehrung zuerkennen. Er ehrt uns, und das meine ich nicht, weil er unseren Preis annimmt, sondern weil er sein Leben eingesetzt hat und einsetzt für das Leben der Menschen und der Völker. Wir möchten ihm danken. Er hat nie etwas ohne das kubanische Volk getan. Es ist mit ihm Adressat unseres Dankes. Wir haben Freunde aus diesem Volk unter uns, in Señor Martinez sogar seinen Repräsentanten in unserem Lande. Wir danken Ihnen, Herr Botschafter.

Cuba heute bietet, mit Fidel Castros Worten, „ein Volk mit weniger Ungleichheiten, weniger schutzlosen Bürgern, weniger Kindern ohne Schulen, weniger Kranken ohne Hospitäler, mit mehr Lehrern und Ärzten pro Kopf als irgendein anderes Land“, ein Volk, „das über Talent, eine hohe politische Bildung, tiefe Überzeugungen und absolutes Vertrauen in seine Ideen verfügt“. Dies in einem Lande, in dem es noch bis 1886 das Institut der Sklaverei gab, das erst 1959 ernstlich unabhängig wurde nach dem todesmutigen Kampf unter Fidel Castros Kommando, und das mit dem Tage der Freiheit unter Blockade gestellt wurde und zugleich unter Angriffe, Kriegsdrohungen und feige Anschläge, nicht weniger davon mit Fidel Castro persönlich im Visier. 1990 verlor es mit einem Schlag 85 Prozent seines Außenhandels, woraufhin der Imperialismus seinen Druck verschärfte.

„Heute ist erneut ein Völkermord beabsichtigt, indem man vorhat, ein Volk durch Hunger, Krankheit und wirtschaftliche Strangulierung zu brechen, das sich weigert, sich den Diktaten und dem Imperium der mächtigsten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der Geschichte zu unter-

werfen“, sagte Fidel Castro Januar dieses Jahres bei Begrüßung des Papstes.

Leider wird den Menschen gerechtes Denken und Reden über Cuba ausgetrieben, wo die Meinung der Herrschenden täglich die Gehirne wäscht. Wo Militärs und Politiker, die niemals eine Aggression geplant haben, der Haft und allgemeiner Ächtung verfallen, die das aber in aller Öffentlichkeit tun, das Placet der Repräsentanten der Nation empfangen, während kaum der Stammtisch das Maul darüber aufreißt, da gilt Cuba selbststrend als gefährlich und demokratisch und seine Führung als diktatorisch. Wer Fairness will, findet dennoch lauter Beweise des Gegenteils. Hinzufügen muß er, daß der sich seiner Demokratie rühmende Imperialismus in vielen abhängigen Ländern demokratische Entwicklung ausdrücklich verhindert und terroristische Regimes aushält, ja selber installiert. Für Fidel Castro fängt Demokratie damit an, „allen Arbeitern eine Anstellung zu verschaffen“, und kann sie nicht sein ohne Gleichheit und Brüderlichkeit (Frei Betto, Nachtgespräche mit Fidel, Berlin 1988, S. 252). Er hält daher die Demokratie der Industrieländer für einen „ungeheuren und gigantischen Betrug“. Die Anhäufung des Reichtums der noch herrschenden Gesellschaften wird „von der Dritten Welt finanziert“, angefangen mit dem „Gold, das sie den alten Kolonien raubten, auf Kosten derer sie eine kapitalistische Gesellschaft errichtete, die wie Marx sagte, im Blut entstand, das zu allen Seiten hervorsprudelte“ (Betto, S. 251).

Als diesen Januar der Papst die Erde Cubas soeben geküßt hatte, lauteten Fidel Castros erste Worte an ihn so: „Sie



werden hier nicht jene friedliche und aufrichtige ursprüngliche Bevölkerung finden, die diese Insel bewohnt hat, als die ersten Europäer auf diese Insel kamen. Die Männer wurden fast alle durch die Ausbeutung und die Sklavenarbeit, der sie nicht gewachsen waren, vernichtet, die Frauen zu Lustobjekten oder Haus-sklaven gemacht. Die Menschen starben auch durch die mörderischen Schwerter oder wurden Opfer unbekannter, durch die Eroberer eingeschleppter Krankheiten.“ Dann gedachte der Redner der Versklavung von 70 Millionen Afrikanern, von denen viele den Platz der bereits ausgerotteten indianischen Sklaven in Cuba einnehmen mußten, und sprach mit Ehrfurcht von dem auch durch sie entstandenen heutigen cubanischen Volke.

Ich schäme mich als Christ, daß der hohe Guest samt der Hierarchie um ihn die Worte von der Leistung dieses Volkes „verbal ignorierte“, wie das *ND* schrieb: „Wahrscheinlich hatten die Millionen Cubaner ... ein wenig mehr Verständnis und Entgegenkommen erwartet“ (*ND*, 27.1.98, S. 7). Genauer, ich schäme mich, wie die Kirchen überhaupt die mit ihrer Hilfe eingesetzte, erhaltene und noch verteidigte Unterdrückung nur flüchtig eingestehen und in der Haltung überlegender Ehrbarkeit denen, die sich befreien, ihre Ratschläge erteilen.

Ich schäme mich als der Bundesrepublik übergebener Bürger, daß das an Gütern und Profiten reiche Deutschland nicht einmal den Vertrag zwischen Cuba und der DDR über die Lieferung von Milch für Cubas Kinder erfüllt.

Ich schäme mich als nach Glück strebender Mensch, daß ich heute nicht einmal Blumen kaufen kann, ohne mich zu mitzuvergehen an Ernährung und Gesundheit von Menschen Lateinamerikas.

Ich schäme mich als Sozialist, daß wir uns um notwendiger Verbesserung hier zu mühen vermögen, ohne stets die noch größere Ausbeutung dort mitzubedenken; daß wir alle zu wenig im Detail über die dortigen Verbrechen des Imperialismus wissen und zu wissen verlangen; und daß selbst meine zwei sozialistischen Tageszeitungen zu sparsam über diese Lebensfragen schreiben.

Was geschieht, wenn erst die, wie ich erwarte, siegreichen Völker mit dieser so genannten „Ersten Welt“ abrechnen, selbst wenn sie es nur nach Recht und Billigkeit tun und nicht nach der von ihnen erfahrenen Willkür fremder Konzerne, Armeen und Dienste? Ich kann nur hoffen auf Richter wie die Cubaner und Fidel Castro, der über José Martí, Marx, End-

gels und Lenin sagt: „Sie haben alle nicht den Haß gegen Menschen gepredigt, sondern allein gegen das System. Das sind die Kriterien der Grundlagen des Klassenkampfes“ (Betto, S. 251). Der ursächliche Klassenkampf der Gegenseite kennt keinerlei Ehrfurcht vor dem Leben der Massen und trotz seiner Methodik selbst in seinen Zentren keine Vernunft. „Daß die Arbeitslosigkeit dort mit dem technischen Fortschritt steigt, ist ein Beweis für die Irrationalität des herrschenden neoliberalen Systems (UN-Sozialgipfel 1995, s. „Offensiv“ 8/96, S. 15)

Der Klassenkampf Cubas besteht immer auch in opferbereiter Solidarität mit vielen Völkern. Fidel Castros besonderen gegenwärtigen Beitrag dazu erkenne ich an seiner lebhaften Anwesenheit auf Konferenzen der UNO, der Nichtpaktgebundenen oder regionaler Staatengruppierungen, auch wenn sie von anderen Staats- und Regierungschefs beeindruckt werden. Er spricht den Vertretern der Entwicklungsländer aus dem Herzen, wie diese selber in ihrer Abhängigkeit z.B. von IWF und Weltbank, den „Finanzgeldarmen der Interessen der USA“, es nicht wagen. Er weist die vorenthaltenen Mittel für die einfachste Gerechtigkeit nach. „Wie kann es sein, daß in einer Welt, die jährlich 30 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben?“ (WHO-Konferenz, s. *jw*, 15.5.98, S. 9). „Wie ist es möglich, daß man nach dem Ende des sog. Kalten Krieges tausende von Milliarden für Waffen und militärische Aktivitäten ausgibt, und daß der Waffenhandel zunimmt? Wie kann man die Menschheit derart betrügen?“ (UN-Konferenz über menschliches Wohnen, s. „Offensiv“ 9/96, S. 33). Keine ratlosen Fragen, Fidel nennt jeweils sachbezogen konkrete Antworten, z.B.: Viele Länder können die notwendigen Arzneimittel nicht bezahlen, weil transnationale Konzerne den Markt für Patentrechte beherrschen und ihre Preise auf das Zehnfache ihrer Entwicklungskosten anheben (*jw*, s.o.). Und er benennt fundierte Wege z.B. zum Abbau der ungleichen Handelsvorgaben, zum Erlaß der Schulden der arm gehaltenen Länder, zur Herstellung erträglicher Lebensbedingungen, zur Vermeidung der ökologischen Katastrophe. Fidel Castro faßt diese Reden bei inhaltlicher Vielfalt und Fachgerechtigkeit in äußerste Kürze. Daß die Presse sie dennoch nicht dokumentiert, scheint mir bezeichnend. Erst recht, um einen schon erwähnten Punkt zu konkretisieren, bedauere ich, daß die Mehrheit der linken Presse es nicht tut.

Ihr und ihren Benutzern könnte nächst der Belehrung das Beispiel der Gewißheit und der Solidarität aufhelfen, „Schließlich haben wir das Recht zu leben, in Friede und Würde zu leben, das Recht, daß man uns alle für unsere Völker arbeiten läßt, daß man keine ungerechten und kriminellen Wirtschaftsblockaden zuläßt, daß man uns nicht ausbeutet und aus-

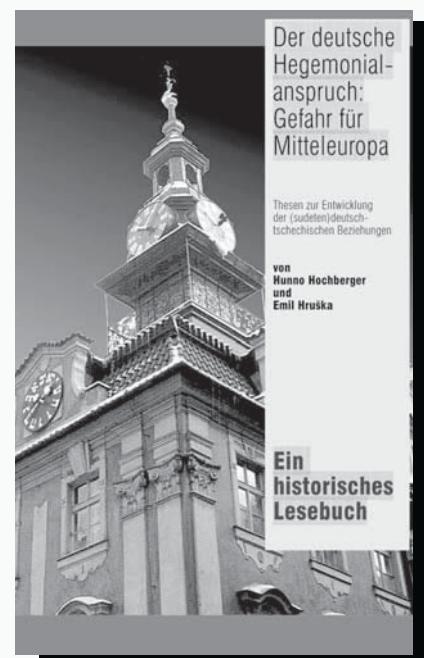
plündert, daß man uns weder mißachtet noch mit widerwärtiger Ausländerfeindlichkeit behandelt ... Wir werden weiterkämpfen, wir werden der Welt auch in Zukunft unsere Wahrheiten sagen. Schließlich und endlich sind wir die Welt, und die Welt duldet weder Herren noch selbstmörderische Politik, noch gestattet sie, daß eine Minderheit von Egoisten, von Verrückten und Unverantwortlichen uns zum Untergang führt“ („Offensiv“ 9/96, S. 33f., s.o.).

Der Neoliberalismus, für die Dritte Welt „eine Doktrin der Schande“, und die gegenwärtige Globalisierung, welche die Welt in ein „gigantisches Casino“ verwandelt hat (Karibik-Gipfel, *ND*, 24.8.98, S. 7) wird immer desaströser. Auf der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September in Durban sagte Fidel Castro: „Es war hart genug, dem weltweiten Zwist zwischen zwei Supermächten standzuhalten, aber es ist noch schlimmer, unter der totalen Hegemonie einer einzigen zu leben“ (*ND*, 5./6.9.98, S.7).

Ein Beispiel seiner Solidarität in diesem Zusammenhang sei mir noch gestattet. Am 16. Oktober 1989 traf Heinz Keßler nach eiligem Aufbruch von Nicaragua und bereits erfolgter Absage des Besuches in Cuba nur noch als Transreisender auf dem Flughafen von Habana ein. Entgegen dem Protokoll stand der Partei- und Staatschef selber an der Gangway und bat um wenigstens ein kurzes Gespräch. Nach bewegtem Zuhören sagte er, ich zitiere abgekürzt: „Was immer ihr auch tun werdet, was immer ihr auch tun müßt – vergeßt eines nicht: ... Es ist Klassenkampf“ (H. Keßler, Zur Sache und zur Person, Berlin 1996, S. 272).

Heute gibt es wenige Länder mit normalen Beziehungen zu Cuba. Einige haben sich immerhin zu eingeschränkten Beziehungen ermannnt. Erfreulich und doch etwas mehr als der Tropfen auf dem heißen Stein die Bewegungen der Solidarität mit Cuba. Stellvertretend nenne ich „cuba si“ und die DKP, und Heinz Hammer, „Netzwerk Cuba“, schrieb: „Mit der Verteidigung der cubanischen Revolution verteidigen wir die Grundlagen für eine Zukunft der Menschheit in Freiheit, Selbstbestimmung und Würde.“ Kurz: „Indem wir Cuba helfen, helfen wir uns selbst“ („Offensiv“ 8/96, S. 19f.) Noch prägnanter der Vorsitzende der strategisch-politisch und in praktischer Solidarität verdienten Gruppe „Pastors for Peace“ in den USA, Lucius Walker: „Die Welt braucht Cuba“ (ebd.).

Wir sind hier zum Danken. Wir sprechen daher von unserer Verpflichtung, nämlich, noch einmal mit Fidel Castros Worten, „daß die gerechte Verteilung der Reichtümer und die Solidarität zwischen den Menschen und Völkern globalisiert werden müssen“ („Offensiv“ 5/98, S. 11ff, daraus alle obigen nicht anders nachgewiesenen Zitate), und daß das Volk Cubas weiterhin immer sagen kann: „Vencemos!“



Hunno Hochberger, Emil Hruška:

Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa

Thesen zur Entwicklung der (sudeten-)deutsch-tschechischen Beziehungen.
Ein historisches Lesebuch.

Bezug über: GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,
Telefon: 03204/65711, Fax: 03204/65893
oder über jede Buchhandlung:
ISBN-Nr. 3-9805441-2-5
256 Seiten, Format 16x23,5 cm, 28 DM

Aus dem Geleitwort von Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS): Die genaue Kenntnis der politischen und rechtlichen Traditionen des Staates ist Herrschaftswissen. Besonders in Fragen des Völkerrechts reicht das Gefühl für Recht und Unrecht, wie es aus der persönlichen Lebenserfahrung entsteht, zur Beurteilung der Sache oft nicht aus. Der Verlockung des Hitlerfaschismus widerstanden unter den Sudetendeutschen nur wenige, politisch gebildete, in der Kritik von Herrschaftswissen erfahrene Menschen, die wußten, was die Nazis beabsichtigten und die Folgen ahnten. Die überwältigend große Masse täuschte sich über das Verbrechen, in das sie hineingerissen wurde und zeigte sich – oft bis zum heutigen Tag – wegen der Folgen überrascht. Das vorgelegte Buch holt Herrschaftswissen aus den Archiven heraus und stellt politische Zusammenhänge dar, die in den heutigen deutsch-tschechischen Beziehungen belastend wirken. Ziel ist, in der öffentlichen Meinung die Kritik an großdeutschen und völkischen Traditionen zu fördern und die Dringlichkeit politischer Schritte zur Auflösung dieser Traditionen klarer zu machen.

Das folgende Interview habe ich im vergangenen Juli mit dem schwerkranken Jon Idigoras geführt, der kurz vorher wegen seiner unheilbaren Erkrankung vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden war.

Den Lesern wird auffallen, daß Jon Idigoras einen nationalistischen, nichtmarxistischen baskischen Sozialismus vertreibt, der von der Redaktion der Politischen Berichte so nicht geteilt wird, aber bei Herri Batasuna und der Gewerk-

schaft LAB (den „Komitees patriotischer baskischer Arbeiter“) weit verbreitet sein dürfte. Fragwürdig ist vor allem die Definition einer baskischen Nation, die hier von der baskischen nationalistischen Partei (PNV) übernommen ist, ohne sich über die Schwierigkeiten des Nationenbegriffs Gedanken zu machen. So bleibt das Verhältnis Herri Batasunas zu den Menschen, die in das historische Baskenland zugewandert sind, äußerst schwierig.

Problematisch ist auch, daß das Baskische als Symbol baskischer Identität nur in einem Teil des historischen Baskenlandes (Euskal Herria), das die baskischen Nationalisten ansetzen, (noch) gesprochen wird.

Desungeachtet bleibt Jon Idigoras eine bedeutende Persönlichkeit der baskischen Linken, deren Meinung auch für deutsche Linke von Interesse sein sollte.

Manfred Ostrowski

Baskische Linke

Interview mit Jon Idigoras Gerrikabeitia

Von Manfred Ostrowski

Zornotza, Bizkaia, am 11. Juli 1998

Jon Idigoras Gerrikabeitia

Ich wurde am 3. Mai 1936 in einer Arbeiterfamilie geboren. Im Alter von 15 begann ich in der Metallindustrie zu arbeiten. Ich engagierte mich in der Arbeiterbewegung, in Untergrundorganisationen während des Frankismus, und wurde bei vielen Anlässen verhaftet, 1958, 1968, 1970 und 1972. Ich war im Exil von 1974 bis 1977 und wurde wieder verhaftet 1980, 1982, 1996... bis 1998. Ich war 1975 einer der Gründer von KAS, 1974 einer der Gründer der Gewerkschaft LAB und 1978 einer der Gründer Herri Batasunas. Ich war gewähltes Mitglied des Parlaments, sowohl im Baskischen Parlament als auch im Parlament von Madrid. Ich war das Opfer verschiedener Mordanschläge, darunter desjenigen vom Hotel Alcalá, wo das Mitglied des Parlaments Josu Mugurza getötet und das Mitglied des Parlaments Inaki Esnaola verletzt wurde. Ich war Mitglied und Sprecher der Mesa Nacional Herri Batasunas seit ihrer Gründung und habe immer noch vor, diesen Kampf fortzusetzen. Ich bin verheiratet ohne Kinder. Meine Frau war 15 Jahre im Exil.

I. Die Situation der baskischen politischen Gefangenen und die Solidarität mit ihnen

M.O. Was würdest Du über die Zeit, die Du im Gefängnis verbracht hast, sagen wollen?

J.I. Es war nicht das erste Mal, ich war schon achtmal im Gefängnis. Dieses Mal war es ein qualitativer Sprung, weil die ganze Leitung einer legalisierten politischen Partei, legitimiert durch fast 20% der Wählerstimmen, ins Gefängnis gebracht wurde, weil sie einen Lösungsvorschlag für den Konflikt bekanntgemacht hatte.

M.O. Wie zeigt sich gegenwärtig der Widerstand der baskischen Gefangenen?

J.I. Der Widerstand der baskischen politischen Gefangenen ist darauf konzentriert, daß die Menschenrechte respektiert werden sollen, und die durch die Regierung verletzte Legalität, damit die Gefangenen ihre politischen und ideologischen Prinzipien widerrufen sollten. Der Plan der Wiedereingliederung der Regierung strebt die psychologische und physische Vernichtung der Gefangenen an, die ihre Ideen nicht widerrufen.

fliktes herangeht, das heißt, durch die Anerkennung der kulturellen Andersartigkeit der baskischen Nation; durch die Anerkennung und Respektierung des Volkswillens, ausgedrückt durch das Recht auf Selbstbestimmung, und durch die Respektierung der Ergebnisse, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts bringen. Die Amnestie wäre die unverzügliche und notwendige Auswirkung jener Anerkennung.

M.O. Sucht die Abertzale-Linke nach einer Möglichkeit, eine Amnestie zu erreichen?

J.I. Ohne jeden Zweifel glauben wir von der Abertzale-Linken, daß Amnestie ein wichtiger Schritt wäre. Nicht nur um die Situation unserer Gefangenen zu erleichtern, sondern auch um die Entspannung zu begünstigen und um den Dialogprozeß zu eröffnen. Solch eine Maßnahme könnte ohne Zweifel von anderen Gesten begleitet sein, wie von einem Waffenstillstand, der ein zusätzlicher Beitrag wäre. Deswegen verteidigen wir von der Abertzale-Linken stets diese Maßnahme.

II. „Baskischer Sozialismus“ und „Partizipative Demokratie“ – erreichbare Zielsetzungen oder bloßer Traum?

M.O. Wenn das Volk selbst entscheiden kann, hältst Du es dann für ein mögliches Ergebnis, daß das Baskenland ein sozialistische Modell wählen wird?

J.I. Ich habe keinen Zweifel daran, daß es im Prozeß des nationalen Aufbaus, ausgehend von der Ausübung der Volkssouveränität (Autodetermination), notwendig sein wird, das soziale Modell zu entwerfen und anzunehmen. Für das Baskenland wird es schwierig sein zu präzisieren, welches sozialistische Modell es sein soll, weil so gut wie alle verbraucht sind. Und die Sozialdemokratie ist heute völlig unscharf. Ich zweifle nicht daran, daß eine Mehrheit für ein sozialistisches, vergesellschaftendes Modell stimmen würde, man würde es zu definieren haben.



M.O. Welche Wege hältst Du für passend, die Gefangenen möglichst schnell ins Baskenland zu holen? Welchen Wert hat die Solidarität mit den baskischen Gefangenen?

J.I. Heute ist die Unterstützung und die Solidarität mit den Gefangenen fundamental, denn der soziale Druck sollte dazu führen, daß die baskischen Institutionen und die Menschenrechtsorganisationen die spanische Regierung zwingen, ihren eigenen Gesetzen zu folgen: Bedingte Freiheiten, Abüßung der Strafen in Gefängnissen nahe dem Heimatort und Freilassung der Gefangenen mit unheilbaren Krankheiten.

M.O. Kann der baskische Konflikt beendet werden ohne Amnestie?

J.I. Nein. Der Konflikt der Basken mit dem Staat wird nur dadurch gelöst werden, daß man an die Wurzeln des Kon-

M.O. Welche sozialistischen Modelle werden auf der Abertzale-Linken vorgeschlagen, die über die „partizipative Demokratie“ hinausgehen?

J.I. Heute das sozialistische Modell zu präzisieren, ist praktisch unmöglich, aber die „partizipative Demokratie“ ist ein guter Ansatz, um das sozialistische Modell zu definieren, das wir im Baskenland des Euro benötigen.

M.O. Glaubst Du, daß Herri Batasuna eines Tages den Ansatz „partizipative Demokratie“ beiseite schieben, aufgeben wird, zum Beispiel um den Frieden zu erreichen oder um die Zusammenarbeit mit der Baskischen Nationalpartei (PNV) zu erleichtern?

J.I. Herri Batasuna wird nicht auf seine ideologischen Prinzipien, auf sein Gesellschaftsmodell, auf seine politische Strategie verzichten, um einen Friedensprozeß gemeinsam mit anderen politischen Parteien voranzubringen. Der Friedensprozeß gründet sich darauf, daß eine soziale Mehrheit im Baskenland vom Staat eine Verhandlungslösung fordert, gegründet auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und die Ausübung der Volkssouveränität, um unsere Beziehung mit dem Staat zu bestimmen. Es wird in einer späteren Phase sein, daß man das soziale Modell auswählen muß (Modell der Kultur, des Unterrichts, der medizinischen Versorgung, der partizipativen Demokratie).

M.O. Was die partizipative Demokratie betrifft, glaubst Du, daß es genug Möglichkeiten gibt, diese schöne und vielversprechende Idee zu verbreiten? Weiß eine Mehrheit im Baskenland schon, was das Konzept bedeutet?

J.I. Es gibt keinen Zweifel daran, daß heute diese Modell von einer Mehrheit akzeptiert würde. Vergessen wir nicht, daß die Repräsentation der Arbeiterklasse des Baskenlandes mehrheitlich bei den Gewerkschaften ELA und LAB liegt, und dies ist das beste Instrument dafür, daß die „partizipative Demokratie“ der Gesellschaft bekannt wird.

III. Der baskische Konflikt und Herri Batasunas politische Möglichkeiten

M.O. Welche Bedeutung haben die Beziehungen zwischen Herri Batasuna und den baskischen Gewerkschaften?

J.I. Die bedeutendste Tatsache ist ohne Zweifel das Abkommen zwischen ELA und LAB gewesen, grundsätzlich, weil die spanischen Gewerkschaften verdrängt werden konnten und ein baskischer gewerkschaftlicher Raum geschaffen werden konnte, das heißt eine gewerkschaftliche Mehrheit, die nicht nur die Verteidigung der Interessen der Arbeiter hinsichtlich der sozialen Verbesserungen unternimmt, sondern die auch die historischen Rechte der baskischen Nation einschließt, das Recht auf die Selbst-

bestimmung und den Protagonismus im Prozeß des nationalen Aufbaus. Jener berühmte Ausspruch, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, ist nicht länger gültig und das Übereinkommen ELA-LAB zeigt, daß die Arbeiter eine wichtige Rolle im Prozeß des nationalen Aufbaus spielen müssen.

M.O. Wird die „Einheit der baskischen Patrioten“ und die Zusammenarbeit zwischen PNV, EA und Herri Batasuna Deiner Meinung nach eines Tages so funktionieren wie es sein sollte?

Denkst Du, Herri Batasuna kann in der Zukunft ein Übereinkommen mit der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) im Baskenland erreichen, um das Selbstbestimmungsrecht einzufordern oder auch um ein linkes Projekt voranzutreiben?

J.I. Es ist wichtig für die Schaffung einer sozialen Mehrheit im Baskenland, Abkommen mit den nationalistischen Parteien, PNV und EA, zu erreichen und der Universöhnlichkeit des spanischen Nationalismus entgegenzutreten, das Verbürgen und die Legitimation dieser Mehrheit, aber ich würde nicht von einer Abertzale-Front sprechen, und zwar wegen eines fundamentalen Grundes, weil die Lösung des Konflikts nicht eine ausschließlich nationalistische sein wird, sondern eine demokratische Lösung, der sich perfekt andere nicht nationalistische Kräfte wie die Vereinigte Linke anschließen können, mit der wir auch zu zählen haben werden zu der Stunde, in der ein soziales Modell entworfen und verteidigt werden soll.

M.O. Kannst Du Dir die Unabhängigkeit des Baskenlandes vorstellen, ohne daß Nafarroa teilnehmen würde? Was würdest Du vorziehen, die Unabhängigkeit ohne eine Provinz Nafarroa oder die Einheit Bizkaias, Arabas, Gipuzkoas und Nafarroas ohne Unabhängigkeit?

J.I. Wir sprechen niemals von der Unabhängigkeit des baskischen Autonomiegebiets (Vascongadas) oder von Nafarroa, oder von Lapurdi oder Zuberoa, obwohl wir Unabhängigkeitsbefürworter sind. Wir vertreten unser Projekt des nationalen Aufbaus des Baskenlandes (Euskal Herria), sowohl sozialpolitisch als auch territorial, so müßten es alle sein, alle die Basken und Baskinnen, die ohne Ausschließungen an dem Projekt und an der Entscheidung teilnehmen sollen; die Abtrennung von irgendeinem der Teile, in diesem Fall Nafarroa, würde einen Prozeß des nationalen Aufbaus unmöglich machen. Es ist ein ähnlicher Fall wie der Ulsters, die irischen Republikaner von Gerry Adams suchen nicht die Unabhängigkeit von Ulster, sondern schließen sich dem Projekt der Konstruktion eines vereinigten Irlands an. Den Willen der Mehrheit der Navarrer für das Projekt der Einheit zu gewinnen, wird ohne Zweifel ein langer Prozeß werden, wo die Wechselbe-

ziehungen der Kräfte der entscheidende Faktor sein werden.

IV. Neue Kampfformen und die Zukunft des bewaffneten Kampfs

M.O. Viele Leute meinen, die baskische Abertzale-Linke kann nicht durch den bewaffneten Kampf der ETA den Sieg erringen, sondern durch ihre kluge und geschickte Politik. Welche Zukunft siehst Du für die gegenwärtige Kampfform der ETA?

J.I. Wir haben niemals die Behauptung aufgestellt, daß der bewaffnete Kampf der ETA dem baskischen Projekt den Sieg geben wird. ETA repräsentiert eine Form der gewalttätigen Antwort auf den Konflikt, der vielmals wegen der Manipulation durch die Medien von vielen Sektoren nicht verstanden wird. Aber trotzdem wird die Lösung in keinem Fall militärisch oder polizeilich sein, sondern eine demokratische Lösung, wo eine Mehrheit vom spanischen Staat die Anerkennung ihrer Rechte erzwingt, als einzige Form, einen Konflikt zu beenden, der auch politisch ist.

M.O. Was können wir aus dem irischen Friedensprozess lernen, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht für das Baskenland fordern wollen und wenn die Abertzale-Linke das Baskenland von den Repressionskräften befreien will?

J.I. Ungeachtet der Unterschiede, die zwischen dem irischen Prozeß und dem baskischen existieren, gibt es verschiedene fundamentale Aspekte, die als Modell dienen können: Daß es unmöglich ist, eine bewaffnete Konfrontation aufrechtzuerhalten, die für keinen der beteiligten Teile zum Sieg führen würde. „Das ewige Unentschieden“ führt zu nichts. Der Einsatz aller politischen Kräfte, um ein Abkommen zu erzwingen, das auf dem Recht der Selbstbestimmung basiert; der Willen der IRA, die Situation freizumachen durch die Delegation ihrer Repräsentation in den politischen Arm, Sinn Fein; die Entspannung, erzeugt durch die Freilassung von Gefangenen und den Waffenstillstand der IRA; vor allem, daß sie in Irland einen Tony Blair gehabt haben, fähig, den Friedensprozeß anzugehen und für ihn einzutreten.

M.O. Welche Möglichkeiten siehst Du für die Abertzale-Linke, wenn sie neue Kampfformen verwenden würde? Welche neuen Kampfformen im Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus würden Dir gut gefallen?

J.I. Natürlich, wenn wir eine soziale Mehrheit für die Rechte des Baskenlandes erreichen, werden die Kampfformen in Einklang mit dieser Mehrheit stehen: Massenkampf, Kampf in den Institutionen, internationale Foren, Implikation anderer Länder in die Unterstützung unserer Forderungen.



Die Geschichte der NSDAP als Erfahrung für die Gegenwart

Es spricht:
Manfred Weißbecker,
Historiker, bis 1992
Prof. an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena

ADRESSEAUFKLEBER

Rechte Formierung nach den Wahlen

Samstag,
21. November 1998,
13.30 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14



Gemeinsam gegen Rechts: Rot-Grüne Politik – Anhaltspunkte für die antifaschistische Bewegung?

Es spricht:
Bernhard Wagner,
Mitarbeiter von Annelie Buntenbach,
(MdB, Bündnis 90/
Die Grünen)

Zum Vormerken: Winterschule, ARGE-Treffen:
Sonntag, 3. Januar 1999, 14 Uhr bis Mittwoch, 5. Januar 1999, Abreise am 6. Januar.

Ort:

Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25
Themen in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte

20./21. November: 7. isw-Forum: Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende mit Prof. Karl Georg Zinn, Michael Wendt u.a. Gewerkschaftshaus München. Infos: 089-130041

27. – 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

5./6. Dezember 98: 4. Kasseler Friedensforum. Bundesweiter Ratschlag der Friedensbewegung

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Gipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

Veranstalter:
Herausgabekreis
Antifaschistische
Nachrichten

Gemeinsam gegen Rechts: Rot-Grüne Politik – Anhaltspunkte für die antifaschistische Bewegung?

Es spricht:
Bernhard Wagner,
Mitarbeiter von Annelie Buntenbach,
(MdB, Bündnis 90/
Die Grünen)

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIEBT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart